

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hans Lades

Zur Funktion des „entwickelten
gesellschaftlichen Systems des
Sozialismus“ in der DDR

Clemens Burrichter

Das Verhältnis von Wissenschaft
und Politik in DDR

Eckart Förtsch

Zur „BRD-Forschung“ in der DDR

Ottmar Carls

Das Prinzip des
demokratischen Zentralismus

B 6/71

6. Februar 1971

Hans Lades, Dr. phil., geb. 1908, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg, Direktor des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft, Erlangen.

Veröffentlichungen u. a.: H. Lades/C. Burrichter (Hrsg.), Produktivkraft Wissenschaft — Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR, Hamburg 1970; Reform in der modernen Industriegesellschaft — ein „Modus der Revolution“?, Analysen und Berichte aus Gesellschaftswissenschaften, Nr. 3, Erlangen 1966; Die sowjetkommunistische Regionaltaktik für Westeuropa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/68; Prag und das Problem des Wandels kommunistischer Regime, in: deutsche studien, Nr. 26/69; Mitbestimmung in kommunistischer Sicht, in: Demokratie und Mitbestimmung. Symposium Internationale, Stuttgart 1970.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Clemens Burrichter, Dr. phil., geb. 1932, geschäftsführender Direktor des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft, Erlangen.

Veröffentlichungen u. a.: Fernsehen und Demokratie, Gütersloh 1970; (u. a.) Fernsehen im Leben der Erwachsenen, Hamburg 1968; Fragen zu einer soziologischen Theorie der DDR-Gesellschaft, in: Deutschland Archiv Heft 7, 1969; Das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus, in: deutsche studien, Nr. 29/70.

Eckart Förtsch, Dr. phil., geb. 1937, wiss. Assistent am Institut für Gesellschaft und Wissenschaft, Erlangen.

Veröffentlichungen u. a.: (in Zusammenarbeit mit R. Mann), Die SED, Stuttgart 1969; (zusammen mit R. Kulbach/ H. Weber), Parteien im Blocksystem der DDR. Funktion und Aufbau der LDPD und NDPD, Köln 1969; Geschichtswissenschaft in der DDR, in: Produktivkraft Wissenschaft, Hamburg 1970; (mit R. Schwarzenbach), DDR-Forschung. Kritik aus der DDR, in: Deutschland Archiv, Heft 11, 1970.

Ottmar Carls, geb. 1944 in Rostock/Mecklenburg, Übersiedlung nach Hamburg 1955. Seit 1968 Studium der Germanistik und Geschichte an der Universität Hamburg.

Zur Funktion des „entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“ in der DDR

I. Zur Genesis des Problems

Auf dem VII. Parteitag der SED im April 1967 kündigte Walter Ulbricht die „Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“ (ESS) als Programm für die Zukunft an. Die Absichtserklärung war ziemlich allgemein gehalten, wie sich aus der Aufzählung der Elemente ergibt, die das künftige System bestimmen sollen:

1. ein hohes Niveau und ein rasches Wachstum der gesellschaftlichen Produktivkräfte,
2. stabile, sich entwickelnde Produktionsverhältnisse,
3. eine starke sozialistische Staatsmacht,
4. allseitige Entwicklung der sozialistischen Demokratie,
5. hoher Bildungsstand der Werktätigen,
6. Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen,
7. Durchdringung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durch die sozialistische Ideologie und Kultur.

So neu klang das nicht. Der externe Beobachter konnte darin eine Wunschliste erblicken, wie sie, mit verbalen Nuancierungen, schon manchmal formuliert worden war. Stellt man diese Absichtserklärung jedoch in den Zusammenhang der ökonomischen, sozialen und politischen Strategie der SED-Führung seit 1963, so läßt sich zumindest der Impuls für eine Innovation feststellen.

Die DDR setzte sich 1963 an die Spitze der Modernisierungsmaßnahmen und Reformen innerhalb des sozialistischen Lagers. Mit dem neuen ökonomischen System der Planung und

Die Beiträge von H. Lades, C. Burrichter und E. Förtsch sind geringfügig überarbeitete Referate, die auf einer wissenschaftlichen Tagung des Erlanger Instituts (19./20. Oktober 1970) gehalten wurden. Zur Problematik des Systemvergleichs wird das Institut eine ausführliche Untersuchung veröffentlichen.

Leitung der Volkswirtschaft sollte die Wirtschaft vom System des bürokratischen Zentralismus auf Effektivität, ökonomische Ratio und Gewinn als Hauptkennziffern umgestellt werden. Nicht nur in den sozialistischen Bruderländern, die Delegationen zum Studium des neuen Systems in die DDR entsandten, sondern auch bei westlichen Experten war das Interesse erheblich. Die Anhänger der Theorie von der Konvergenz der beiden großen gesellschaftlichen Systeme konnten darin einen wichtigen Schritt in dem seit langem erwarteten Prozeß der Evolution kommunistischer Regime erblicken.

Man konnte sogar als überzeugter Anhänger der bundesdeutschen sozialen Marktwirtschaft eine gewisse, vielleicht paradoxe Genugtuung darüber empfinden, daß es deutsche Kommu-

Clemens Burrichter

Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR S. 13

Eckart Förtsch

Zur „BRD-Forschung“ in der DDR . . . S. 21

Ottmar Carls

Das Prinzip des demokratischen Zentralismus S. 29

nisten waren, die so interessante Experimente begannen. Die Bundesrepublik hatte mit ihrem Modell eine erhebliche Ausstrahlungskraft in die westliche und zum Teil auch in die Dritte Welt hinein entwickelt. Die DDR schien sich anzuschicken, ein brauchbares Modell für den Osten zu schaffen. Konnte es nicht eine aussichtsreiche Perspektive sein, daß diese beiden Modelleure industrieller Gesellschaften durch den Dialog über ihre Modelle vom Konflikt wenigstens zu einer fairen Konkurrenz kommen würden: des Deutschen Vaterland heute — ein Schauplatz für den Wettbewerb der beiden gesellschaftlichen Systeme?

Wie die Experimentierfreude das Selbstbewußtsein mancher Funktionärsschichten der SED hob, so schienen auch die intellektuellen Qualitäten für eine solche Systemauseinandersetzung zu wachsen. Neben den Parteiwissenschaftlern in anderen Ländern entwickelten vor allem Ostberliner Politökonomien zum Teil originelle Gedanken, um den modernen westlichen Industriestaat besser erfassen zu können, wobei sie das Verhältnis von Staat und Ökonomie in den Mittelpunkt stellten. Die wesentlich von ihnen mitgestaltete Theorie vom sogenannten „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ sollte erklären, wie und warum das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem funktioniere. Das Ergebnis lautete im Kern: Der Staat sei zu einer unmittelbaren ökonomischen Potenz geworden, er habe einen Regulierungsapparat entwickelt, mit dem er erfolgreich die Konjunktur beeinflusse, Forschung und Entwicklung steuere. Er nehme damit bereits ein Stück sozialistischer Planung vorweg, bleibe insofern aber in den Schranken des kapitalistischen Systems, als er seine neue Qualität einseitig und provokativ zur Maximierung der Profite der Monopole einsetze.

Damit war das ideologische Bindeglied zur Lehre von der Revolution gesichert, die allerdings erheblich modifiziert wurde. Nun hieß es: Der noch diffuse, nicht organisierte Widerstand der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gegen das staatsmonopolistische System könne — mit kommunistischer Hilfe — zu einem organisierten Kampf um „demokratische Alternativen“ werden, eine Kettenreaktion entschiedener Reformen auslösen und dadurch die „Reform zu einer Form der Revolution“ machen. Von der so erreichten neuen Stufe der „antimonopolistischen Demokratie“ würde dann die Entwicklung zum Sozialismus eingeleitet.

Man kann den Entwurf des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und die Analysen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus als Zwillinge verstehen, hervorgegangen aus dem Bestreben der Kommunisten, sich in der industriellen Zivilisation neu zu orientieren, natürlich unter Wahrung der ideologischen Grundposition. Nach dem Zeugnis Ulbrichts bildeten übrigens diese Analysen den theoretischen Hintergrund für den versuchten Redneraustausch SED — SPD in der ersten Jahreshälfte 1966. Im Lichte der neuen Theorie erkannte man die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften wieder als „Abteilungen der Arbeiterbewegung“ an,

setzte allerdings — wie das kommunistische Parteien schon manchmal in alten Zeiten getan hatten — auf eine Polarisierung, auf eine Spaltung, welche die „rechten“ sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer von der Masse ihrer Mitglieder und Anhänger isolieren würde. Auf den europäischen Hintergrund und analoge Problemlagen in Frankreich und Italien, sowie die Neufassung der sowjetischen Regionaltaktik für Westeuropa, soll hier nicht eingegangen werden.

Die Operation ‚Redneraustausch‘ leitete jedoch mit ihrem Scheitern gleichzeitig den Umschwung der 1963 in der DDR begonnenen Entwicklung ein. Waren im Verlauf des Jahres 1965 bereits einige Unsicherheiten im Hinblick auf die Durchführung der ökonomischen Reformen und ihre möglichen politischen Konsequenzen aufgetaucht, so dokumentierte der Abbruch der Operation, daß die SED sich übernommen hatte, daß sie sich nicht zutraute, die durch die Aussicht auf einen Dialog wiedergeweckten gesamtdeutschen Emotionen unter Kontrolle halten zu können. Die SED-Führung schaltete wieder ganz auf Divergenz.

An den Thesen vom staatsmonopolistischen Kapitalismus wurde zwar weiterhin festgehalten. Doch verschoben sich die Akzente: Man relativierte die Funktionen und Möglichkeiten des Staates, hob die Labilität und Krisenanfälligkeit des „staatsmonopolistischen Systems“ hervor. Die Sozialdemokratie bezeichnete man, vor allem in der Zeit der Großen Koalition, als in dieses System fest integriert. Eher setzte man, wenigstens verbal, auf die Gewerkschaften. Dies ist u. a. auch an der Forschung über den DGB abzulesen, die an Ostberliner Parteiministern, besonders an der Hochschule des FDGB in Bernau bei Berlin, betrieben wurde. Insgesamt trat die geistig offensive Funktion der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus hinter ihre apologetische Rolle zurück.

In diesem Zusammenhang nahmen die Kampagnen gegen die These von der allmählichen Annäherung der beiden gesellschaftlichen Systeme an aufgeregter Lautstärke zu. Die von westlichen Sowjetologen und Nationalökonomien entworfenen Konvergenztheorien erschienen als gefährliche Anschläge des Imperialismus, als ideologische Diversion, dazu bestimmt, die sozialistischen Systeme aufzuweichen. Die Bemühungen um einen Brückenschlag von West nach Ost wurden als „lautloser Antikommunismus“ angeprangert. Diese sich aggressiv gebende Defensivhaltung war

jedoch nur die Außenseite der Veränderungen. Wichtiger ist ein innerer Vorgang.

Die Parteiführung zeigt sich nunmehr bemüht, das Streben nach ökonomischer Effizienz in einem Modell unterzubringen, das die Effektivierung des Systems mit einer von der Partei gesteuerten Politisierung der DDR-Gesellschaft verbindet. Indiz hierfür ist die Losung, daß „die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution“ — hierunter verstehen Kommunisten seit einiger Zeit die in allen entwickelten Industriestaaten feststellbare Explosion des Wissens und die rasche Umsetzung in technologische und ökonomische Verwertung — und das Vorantreiben der sozialistischen Revolution zwei Seiten des gleichen Vorgangs seien. In anderer Sprache und mit Geltung für den derzeitigen Stand ausgedrückt: Die Parteiführung und ihre Parteiwissenschaftler suchen den Charakter des eigenen Systems neu zu durchdenken, um solche Wege der Modernisierung zu finden, die Effizienz versprechen, ohne das politische Monopol der Partei zu tangieren, und die gleichzeitig gegenüber westlichen Einflüssen eine Art ideologischer Störfreimachung garantieren. Hierin ist der Impuls für die Deklaration des zu entwickelnden gesellschaftlichen Systems des Sozialismus zu sehen. Zum 20. Jahrestag der DDR machte Ulbricht dazu folgende Aussage: „Es gilt zu begreifen: ein moderner sozialistischer Staat wird nur dann höchste Effektivität erreichen, wenn er als gesellschaftliches Gesamtsystem funktioniert, wenn seine Teilsysteme ein aufeinander abgestimmtes Ganzes bilden.“

Dieses Gesamtsystem soll auf den unverrückbaren Grundlagen des sowjetischen Grundmodells des Sozialismus beruhen. Dies wurde 1968 vor allem in der Auseinandersetzung mit dem tschechoslowakischen Reformversuch in aller Schärfe betont. Das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus war sozusagen in einer doppelten Frontstel-

lung zu modellieren: Gegen die Konvergenzversuchung aus dem Westen und gegen das tschechische Modell einer „sozialistischen Marktwirtschaft“, die gesamtgesellschaftlich in das System eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ eingebettet sein sollte. Die Vernachlässigung der „führenden Rolle der Partei“ hatte Ulbricht den tschechischen Reformern als das eigentliche Sakrileg vorgeworfen.

Hat nun die Vorstellung von dem gewünschten System inzwischen deutlichere Umriss angenommen? Wir sagen: Vorstellung, denn das ist an dem nun initiierten Systemdenken wirklich neu: eine Festlegung auf kurzfristige Konkretisierungen ist vermieden worden. Ulbricht bezeichnet jetzt den Sozialismus als eine relativ selbständige, langfristige Formation. Damit hat der SED-Chef, der den Anbruch schon so mancher neuen Etappe hat ausrufen hören und auch selbst verkündet hatte, sich für seinen Lebensabend von dem Periodisierungszwang befreit. Damit sind auch ähnliche Verlegenheiten außer Sichtweite, wie sie der Sowjetführung erwachsen, seitdem Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag 1961 die materiell-technische Grundlegung des Kommunismus verkündete: Die Frage nach dem Verschwinden der Klassen, nach dem langsamen Absterben des Staates, nach der Legitimierung der Partei der Arbeiterklasse in einer klassenlosen Gesellschaft. Die Definition des Sozialismus als einer relativ selbständigen, langfristigen Formation legitimiert und perpetuiert zugleich die Parteimacht schon von ihrer Konzeption her. Die in der Definition zum Ausdruck kommende Bescheidenheit gegenüber der Sowjetunion sichert den eigenen Spielraum für pragmatisches Vorgehen; man kann zu sowjetischen Experimenten Distanz halten und doch gleichzeitig unter der Beteuerung striktester Loyalität die deutsche Variante des sowjetischen Grundmodells des Sozialismus ausgestalten.

II. Fünf Problemkomplexe des ESS

Nun kann auch die Frage nach den inzwischen sichtbar gewordenen Umrissen der Konzeption des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus (ESS) beantwortet werden. Sie ist so angelegt, daß schon bisherige Denkvorgänge und auch praktisch verfolgte Ziele in sie eingehen; zugleich aber werden neue Im-

pulse gefordert. Beides soll sich zu einer langfristig berechneten Wirkungseinheit verbinden, die in sich logisch und schlüssig erscheint. Wie hart im Raume sich die Sachen stoßen, dürfte ein anderes Problem sein.

Fünf wesentliche Komplexe sollen, soweit man bisher feststellen kann, das ESS ausmachen.

1. Gesamtgesellschaftlicher Aspekt und Systemdenken

Hierbei hat die Beschäftigung mit der Kybernetik Pate gestanden. Das kybernetische Systemdenken, das alle Teilsysteme und deren Subsysteme untereinander und mit dem Gesamtsystem durch Rückkoppelung verbunden sieht, legt eine neue Verhaltensweise nahe. Gefordert wird eine veränderte Einstellung, ein neues Herangehen an alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben. Grundsätzlich soll erkannt werden, daß in einem modernen industriellen System alle Vorgänge in Interdependenz zueinander stehen. Anders ausgedrückt, das Ressortdenken soll auf allen Ebenen verschwinden.

Ein Beispiel: Die Planung eines strukturbestimmenden Objekts, etwa eines Schwerpunktbetriebes, erfordert die Berücksichtigung der bereits vorhandenen Produktions- und Siedlungsstruktur, den Bestand an Arbeitskräften sowie die Vorausschau der sich dann ergebenden Folgeprobleme, wie Versorgung, Verkehr, Bildungswesen, Gesundheitswesen, kulturelle und sportliche Angebote für die Freizeitgestaltung, Bereitstellung von Wohnraum- und Erholungsgebiet. Dieses Beispiel ist multipliziert im Republikmaßstab zu denken.

Gute Planung ist, unabhängig vom gesellschaftlichen System, immer schon so verfahren, hat die Umweltstruktur und die voraussichtlichen Folgeprobleme mit bedacht. Häufig genug hat sie aber in der Vergangenheit gefehlt. Beim Entstehen der industriellen Ballungszentren z. B. hat es im Rausch des technischen Fortschritts viel Unbekümmertheit gegeben, gegen den Widerstand derjenigen, welche die gewohnten und vertrauten Lebensumstände möglichst erhalten wollten. Die negativen Beispiele isolierter Einzelplanung und mangelnder Voraussicht haben zahlreiche Umweltprobleme geschaffen, deren Bewältigung gerade in den am höchsten entwickelten Industriestaaten als dringende Zukunftsaufgabe erkannt worden ist und unter großen Schwierigkeiten in Angriff genommen wird, da technischer Fortschritt, Sozialstruktur und Umweltfragen immer unlösbarer zusammenhängen.

Die SED zeigt heute, daß auch sie diese Interdependenz erkannt hat und sie auf ihre Weise angehen will. Um einen gesamtgesellschaftlichen Lernprozeß im Hinblick auf die Interdependenz aller Teilbereiche vorzubereiten, erscheinen heute in der DDR philosophische Ab-

handlungen und soziologische Analysen. Sie werden politisch-pädagogisch nützlich sein, wenn sie den Blick für Zusammenhänge schärfen. Der Weg zur gesellschaftlichen Allround-Planung im Republikmaßstab wird jedoch beschwerlich sein. Ein umfassendes Informationssystem, intensive Problemanalysen und auch eine durchgängige Verflechtung von Detailplanungen an vielen Stellen werden nötig sein. Vor allem wird es einer Schicht talentierter Planer mit wissenschaftlich fundierter Weitsicht, mit Einfallsreichtum und Kompetenz bedürfen.

Im Hinblick auf solche Zukunftsprobleme wäre es aufschlußreich, Planentwürfe und Planverwirklichungen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR miteinander zu vergleichen. Wie geht man z. B. heute bei der Planung eines neuen industriellen Standorts vor, der erhebliche Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur nach sich ziehen wird? Man müßte Vergleiche zu einer Serie verschiedener Schwerpunkte haben. Dann würden sich in etwa vergleichbare Bilder der Reformprobleme ergeben, vor denen beide gesellschaftliche Systeme stehen. Man würde dann auch brauchbare Aussagen darüber erhalten, welche Unterschiede oder auch welche Ähnlichkeiten zwischen den Methoden bestehen, wie sie in einem offenen bzw. einem geschlossenen gesellschaftlichen System im Hinblick auf solche Zukunftsaufgaben angewandt oder erstrebt werden.

Gesamtgesellschaftliche Aspekte werden hier wie dort diskutiert. Diskussionsmäßig schneidet die DDR nicht schlecht ab. Ob bei der Konkretisierung gesamtgesellschaftlicher Planentwürfe im Republikmaßstab die bereits aus den bisherigen ökonomischen Planungsprozessen bekannten Schwierigkeiten vermieden werden können oder ob sie vermehrt werden, wird man zu beobachten haben. Das eine ist schon heute sichtbar: Die Parteispitze versteht sich — unter systemkybernetischen Aspekten — als außerhalb des Regelkreises stehend. Sie ist der Sollwertgeber, sie behält sich vor, durch direkt eingreifende Steuerung die Systemregelung zu durchbrechen, wann immer sie es für angebracht hält.

2. Wissenschaft als Produktivkraft

Es ergibt sich nicht zuletzt aus dem gesamtgesellschaftlichen Aspekt, daß die Wissenschaften für Prognose, Planung, Leitung und Kontrolle der gesellschaftlichen Entwicklung

verstärkt in Anspruch genommen werden sollen. Die Parteiführung will modernste Methoden für Leitung und Management geliefert erhalten. Deshalb ihr großes Interesse für Informatik, Organisationswissenschaft, Operationsforschung, Modelltheorie, elektronische Datenverarbeitung.

Dabei taucht jedoch für die SED eine Schwierigkeit auf: Man hat zwar die Wissenschaften zur „unmittelbaren Produktivkraft“ der gesellschaftlichen Entwicklung erklärt. Man erwartet von ihnen Initiativen und kühne Vorausschau. Wie kann man aber gleichzeitig verhindern, daß die Wissenschaften zu unerwünschten Ergebnissen kommen, die das politische Monopol der Partei in Frage stellen?

Fürs erste: Man hat wissenschaftliche Parteiministries zum Teil mit wissenschaftlichen Spitzenkräften zu Leiteinrichtungen für den gesamten Wissenschaftsbetrieb bestimmt; von ihnen wird die Initialzündung erwartet. Gleichzeitig sollen sie den ganzen übrigen Apparat anleiten und kontrollieren. Daraus kann sich für die einzelnen Wissenschaftler ein Pflichtenkonflikt zwischen erwarteter individueller Leistung und ideologischer Korrektheit ergeben. Begabte junge Wissenschaftler werden vor dem Problem stehen, wie sie sich für ihre Forschungsergebnisse jeweils den ideologischen Regenschirm verschaffen. Zum zweiten: Wie sollen bei straffer Anleitung und Kontrolle schöpferisches Arbeiten für die Zukunft, brauchbare Prognosen für das Jahr 2000 zustande kommen? Die Parteiführung muß sich überlegen, wie sie, ohne Lähmung zu verbreiten, kontrollieren kann und ohne Risiken einzugehen, Anregungen zu geben vermag.

Dazu muß sie wünschen, daß das wissenschaftliche Arbeiten der einzelnen sowie die Wissenschaftsprozesse im ganzen durchsichtiger werden. Man ist deshalb dabei, die Wissenschaft selbst zum Gegenstand der Forschung zu machen und setzt auf Ergebnisse der neu etablierten „Wissenschaft von der Wissenschaft“. Man will voraussehen, was Wissenschaftler voraussehen können, um jeweils rechtzeitig korrigierend eingreifen zu können. Gegenüber der angelsächsischen „science of science“, aber auch der sowjetischen „nauka o nauke“ wiegt deshalb bei der Etablierung der „Wissenschaftswissenschaft“ in der DDR der politische Zweck vor.

Es ist noch nicht ersichtlich, wie die SED-Führung es vermeiden will, daß sich das Dilemma zwischen schöpferischer Leistung und politi-

scher Kontrolle auf einer anderen Ebene wiederholt. Erkundungsforschung künftiger Möglichkeiten — um einmal Prognose so zu umschreiben — mag ein Imperativ sein, der von der rasanten industriegesellschaftlichen Entwicklung gestellt wird. Die Parteiführung behält es sich jedoch vor, die politischen Vorgaben zu machen, in deren Rahmen die Erkundungsforschung ausgeübt werden soll.

3. Das ökonomische System des Sozialismus (OSS) als Kernstück des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus

Wenn die SED gesellschaftliche Allround-Planungen im Republikmaßstab angehen will, muß sie mehr denn je die Tatsache berücksichtigen, daß wirtschaftliche Mittel immer knapp sind. Mehr Mittel zu erwirtschaften und sie optimal einzusetzen, bleibt das Problem. Beim Reformansatz von 1963 wollte man die ökonomische Ergiebigkeit durch höhere Eigenverantwortung der Betriebe (VEB) und der Konzerne (Vereinigungen Volkseigener Betriebe) steigern. Heute dagegen will man das Ziel durch eine zentral gesteuerte Wirtschaftspolitik erreichen, die von oben her und gezielt die ökonomische Struktur an der Basis verändert.

Die gängigen Formeln lauten „strukturkonkrete Planung“, das heißt Planung für bestimmte entscheidende Industriezweige, wie Chemie, Elektrotechnik, Elektronik, und „Objektplanung“, also Planung für bestimmte Schwerpunktbetriebe. Es ist nicht uninteressant, daß diese Rezentralisierung schon vor dem Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 einsetzte. Eigenverantwortung heute meint lediglich das „Wie“ der Erfüllung, nicht das „Was“ der Planung. Dazu will man das Kosten-Nutzen-Denken durchsetzen; übrigens nicht nur in der Ökonomie, sondern in der ganzen Gesellschaft. „Ökonomisierung der Gesellschaft“ könnte dieser Aspekt der beabsichtigten Gesellschaftsentwicklung genannt werden.

4. Leistungssteigerung der staatlichen Verwaltung

Je ehrgeiziger die Ziele, desto qualifizierter müßte der Staatsapparat sein. Wenn aber der Parteiapparat stets in alle Ebenen des Staatsapparates hineinregiert und ihn überspielt, dann werden die befähigten Kräfte nicht gerade mit Begeisterung Staatsbedienstete werden wollen, sondern sich lieber in Bereichen

der Wirtschaft und Wissenschaft ansiedeln. Auch hier schien sich ab 1963 eine Änderung des Klimas anzubahnen. Sichtbares Zeichen dafür war die Entwicklung in der Staats- und Rechtswissenschaft. Die Anforderungen der Wirtschaftsreform öffneten den Weg für eine wirklichkeitsnahe Forschung. Reformfreudige Rechtswissenschaftler suchten die ideologische Spekulation durch eine konkrete, wirklichkeitsnahe Rechtswissenschaft zu ersetzen. Von daher schien sich eine höhere Bewertung der Rolle des Staates anzubahnen. Seit 1966 meldeten die Parteiwissenschaftler der Babelsberger Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ Bedenken an; alsbald verstärkten sich die Warnungen, und es begann ein Kampf gegen den ‚Revisionismus‘. Beim 20. Jahrestag der Gründung der Akademie, am 12. Oktober 1968, wies Ulbricht erneut auf den Staat als Machtorgan der Diktatur des Proletariats hin.

Seit diesem Revisionismusstreit um den Charakter des Staates heißt es, daß im ESS die Bedeutung des Staates *und* der Partei wachse. Auf der einen Seite erklärt man, daß ein modernes „Gesamtsystem sozialistischer staatlicher Führung“, das heißt, eine moderne staatliche Verwaltung, ein Schlüssel für die Gestaltung des ESS sei; daß es deshalb gelte, neue Maßstäbe und Techniken des Regierens zu entwickeln, die staatliche Verwaltung zu vereinfachen, den überflüssigen Verwaltungsaufwand abzubauen und den staatlichen Organen bei der Lösung ihrer Aufgaben eine größere Eigenverantwortung zu übertragen. Die Partei werde sich deshalb aus der operativen, direkt eingreifenden Leitung der staatlichen Institutionen zurückziehen und der ZK-Apparat seine Interventionen in der Ministerialbürokratie reduzieren. Auf der anderen Seite müsse jedoch die Anleitung und die Kontrolle der staatlichen Organe durch die Partei effektiver werden, zumal ja auch der ZK-Apparat für die Leitung der Gesellschaft besser ausgestattet sei als der Staatsapparat. Doch werde sich die Parteiführung in ihrer Arbeit künftig auf die „Kernfragen“ der gesellschaftlichen Entwicklung konzentrieren. Was aber solche Kernfragen sein sollen, ist nicht festgelegt. Es könnte im Sinne einer Arbeitsteilung verstanden werden, daß z. B. ein strategischer Arbeitskreis des Politbüros die prognostischen Grundfragen der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik behandeln, der Ministerrat mit seinen Expertengremien (Arbeitsgruppen) die laufende Planungstätigkeit, spezifiziert auf einzelne Bereiche, leisten soll.

Die „Produktivkraft Wissenschaft“ soll auch bei der Umgestaltung der staatlichen Führungstätigkeit helfen. Doch liegen noch keine Ergebnisse darüber vor, wie Organisationswissenschaft, Kybernetik, Elektronische Datenverarbeitung, Operationsforschung, Pädagogik und Psychologie in die staatliche Leitung eingebaut werden können. Auch ist noch das Problem zu lösen, wie die vielfältigen Informationen, die auf den Staatsapparat zukommen, aufzuarbeiten und zu kanalisieren sind. Der Informationsfluß wird noch immer durch die eingeschalteten Parteiorgane, wie auch durch das ressortmäßige Verhalten der einzelnen Behörden verzögert.

Ob es der SED-Führung gelingen kann, zwei Apparate mit gleicher Effizienz nebeneinander aufzubauen und das Verhältnis von Partei- und Staatsapparat zu harmonisieren, wird die Zukunft zeigen. Die Voraussetzung für eine solche Harmonisierung fehlt noch: eine neue Parteitheorie, die nicht allein — wie die bisherige — auf Eroberung und Behauptung der Macht, sondern auf die Verwaltung und die Entwicklung eines modernen Industriestaates abgestellt wäre. In einem so verfaßten System, in dem alles Wesentliche auf die Partei zugeschnitten sein soll, ist letztlich die Überprüfung und Erneuerung der Parteitheorie und -praxis der entscheidende Hebel für die Modernisierung der Gesellschaft.

Dagegen hat man die Notwendigkeit erkannt, das staatliche Management für eine Leitung nach wissenschaftlichen Methoden auszurüsten. Seit Herbst 1970 laufen neben den bisherigen Kursen zweijährige Führungslehrgänge. Das Profil dieser neuen Leiter soll durch wissenschaftliche Befähigung und klassenmäßige Erziehung geprägt sein. Die Wunschliste lautet: die staatlichen Leiter sollen hohe politische, fachliche und moralische Qualitäten haben, den Klassenstandpunkt vertreten, Partei- und Staatsdisziplin halten, die marxistisch-leninistische Theorie schöpferisch anwenden, ressortmäßige Einseitigkeit überwinden, kritische Sachlichkeit vorweisen und im Systemdenken geschult sein. Da jedoch die bisher tätigen Verwaltungsexperten schon durch die laufenden Arbeiten überlastet sind, wird es nicht leicht fallen, sie auch noch durch umfangreiche Schulungsprogramme hindurchzuschleusen.

Unverrückbar fest steht der Grundsatz des Klassenkampfes. Im Wettbewerb mit dem Gesellschaftssystem der Bundesrepublik will die

SED-Führung den Beweis erbringen, daß der sozialistische Staat sowohl ein funktionsfähiger Steuerungs- und Regelungsmechanismus für eine komplizierte Wirtschaftsverwaltung wie auch eine für die DDR-Bevölkerung akzeptable Form sein kann. Ulbricht hat seit 1967 mehrmals darauf hingewiesen, daß die Qualität der leitenden staatlichen Organe sowie die theoretische und praktische Beherrschung der gesellschaftlichen Führungsprobleme von besonderer Bedeutung für die Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik seien.

5. Sozialisation der Bevölkerung — Bewußtseinsbildung — „sozialistische Menschengemeinschaft“

In diesem Bereich fällt es besonders schwer, etwas Neues zu entdecken. Der neue sozialistische Mensch, oder, wie es jetzt heißt, die „allseitig gebildete Persönlichkeit in der sozialistischen Menschengemeinschaft“, das ist ein Problem, das so alt ist wie das Regime selbst.

Wenn man aber die in jüngster Zeit zu diesem Komplex zahlreich erscheinenden Beiträge aus den Bereichen der Philosophie, Psychologie, Soziologie, Historiographie und Pädagogik sammelt, so läßt sich erkennen, daß die Partei den Problemen der Bewußtseinsbil-

dung gegenwärtig eine noch höhere Dringlichkeit zumißt als vordem. Wenn das ESS als anspruchsvolles Gesellschaftsprogramm ernstgenommen werden soll, so kann man die Bemühungen um die Bewußtseinsbildung verstehen als den Versuch, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß sie mit dem Einsatz für einen modernen sozialistischen Industriestaat sich an die Spitze der Entwicklung setzen kann.

Man könnte darin dann auch den Versuch der Partei sehen, das System natürlicher Abschirmung zu durchbrechen, in dem ein großer Teil der Bevölkerung sich einzuigeln verstanden hat: formale Anpassung an das Regime, Stolz auf die eigene Leistung und Ausbau zwischenmenschlicher Solidaritätsbeziehungen unterhalb der Aufsicht der Partei, in den Familien, der Verwandtschaft, in kleinen Gruppen. Es ist eine Solidarität, in der auch die traditionellen Verhaltensmuster stärker sind, die „Nestwärme“ spürbarer ist, das Leben „heimeliger“ erscheint als in der — aus der Sicht der DDR-Bevölkerung — zu sehr auf Konkurrenz abgestellten Leistungsgesellschaft der Bundesrepublik.

Diese sozial-psychischen Bestände aufzuarbeiten und in ein progressives Zeitbewußtsein zu überführen, dürfte der SED nicht leicht fallen.

III. Perspektiven

Die genannten fünf Komplexe sollen das „entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus“ ausmachen. Das Konzept mag noch nicht sehr konkret erscheinen, aber das hat es mit Konzepten gemein, die in den letzten Jahren auch im Westen vorgebracht wurden. So mit der dem Altbundeskanzler Erhard zugeschriebenen „formierten Gesellschaft“ oder mit der von dem ehemaligen amerikanischen Präsidenten Johnson anvisierten „großen Gesellschaft“. Doch sind die Chancen, daß gesamtgesellschaftliche Konzepte allgemeinere Geltung erlangen, in Ost und West verschieden.

In westlichen Gesellschaften, die offen sind für Leistungsimpulse von Individuen und Gruppen, können gesamtgesellschaftliche Entwürfe Orientierungsdaten für anstehende Reformen liefern. Da das wirtschaftliche, soziale und politische Leben von einer Fülle rechtlicher Regelungen durchzogen ist, können Parla-

mente und Regierungen Reformen nicht anders als im Wege des rechtsstaatlich vorgeschriebenen Verfahrens realisieren. Das Verfahren arbeitet politisch in der Regel umständlich, der Meinungsbildungsprozeß benötigt Zeit. Aber gerade deshalb kommen die Leistungsimpulse von Individuen und Gruppen, die sich in rechtsstaatlich abgesicherten Freiheitsräumen entfalten können, hinreichend zum Zuge und summieren sich in dem gegebenen ordnungspolitischen Rahmen zu einer hohen Effizienz. Deshalb haben kaum mehr eine Chance weltanschauungsverdächtige Gesamtentwürfe, die den Anschein erwecken, als wollten sie mehr sein als Orientierungshilfen für Reformen, als sähen sie für Individuen und Gruppen ein umfassendes Regulierungssystem vor, das nur unter Ausschaltung konkurrierender Meinungs- und Willensbildung durchgesetzt werden könnte.

Die Führung einer etablierten Staatspartei hingegen, die sich als den Sollwertgeber betrachtet, der von außen durch direkt eingreifende Steuerungen die Systemregelung jederzeit durchbrechen kann, muß Herr der gesellschaftlichen Veränderungen bleiben. Sie muß unvermeidliche Veränderungen möglichst im voraus erfassen und diese als von ihr selbst gewollte Veränderungen programmieren, ohne sich und ihr Entscheidungsmonopol verändern zu lassen. Dabei muß sie — etwa im Übergang von einer Phase der extensiven zu einer Phase der intensiven Industrialisierung — selbst imstande sein, grobe Führungsmethoden durch differenziertere, besser geeignete zu ersetzen. Alles in allem eine Aufgabe, die so umfassend wie kompliziert und schwierig ist und die deshalb dazu verleitet, um so eifersüchtiger auf dem Entscheidungsmonopol zu beharren.

Gegenwärtig reagiert die Parteispitze auf Störungen von innen, aber auch von außen besonders allergisch, wobei als „Störung von außen“ schon das Vorhandensein einer andersartigen Umwelt empfunden wird. Kann der nunmehr gesetzte Sollwert „entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus“ aber insoweit formuliert und konkretisiert werden, daß die Parteispitze durch Erfolgserlebnisse bewogen werden könnte, von ihrer Sicherheitsmanie Abstriche zu machen und dadurch im Inneren erträglicher und in den innerdeutschen Beziehungen verträglicher zu werden? Rasche Lösungen sind sicher nicht zu erwarten. Es gibt aber Entwicklungen, die interessant werden könnten; dazu ein markantes Beispiel: Eine herangewachsene Schicht von wissenschaftlichen Spezialisten und Planern hat der SED-Führung eine Konzeption erarbeitet, die aus dem etwas vagen gesamtgesellschaftlichen Aspekt zu konkreten Aufgaben mit einer großzügigen Perspektive führen könnte. Diese Vorstellungen sind mit dem ESS in Zusammenhang gebracht worden. Man spricht seitdem davon, daß es gelte, „Systembeziehungen“ zwischen industrieller Struktur und Territorialplanung herzustellen.

Hierin drückt sich die Einsicht in die — für jeden Industriestaat bestehende — Notwendigkeit von Raumplanung und Raumordnung aus. Damit ist der Anschluß an die Diskussion und den Erkenntnisstand in den entwickelten Industriestaaten vollzogen worden. Für die DDR hat dieser Problemhorizont jedoch noch eine spezifische Bedeutung: geologisch und wirtschaftsgeographisch ist sie durch das Süd-Nord-Gefälle bestimmt. Vom industriell ent-

wickelten, dicht besiedelten Süden hebt sich der überwiegend agrarische, dünn besiedelte Norden ab. Hier im Sinne einer Steigerung der volkswirtschaftlichen Effizienz und besseren Nutzung regionaler Ressourcen allmählich einen gewissen Ausgleich zu schaffen, kann Ziel einer weitschauenden Strukturpolitik sein. Dabei geht es einmal darum, die Situation in den bereits bestehenden industriellen Ballungszentren zu überprüfen. Noch gewichtiger ist das Problem, den Norden industriell zu erschließen; dafür besteht die Konzeption, die Investitionstätigkeit in ausgewählte „Entwicklungsstädte“ zu lenken. Im agrarischen Sektor sollen den bereits bestehenden und noch zu entwickelnden industriellen Zentren jeweils einige leistungsfähige Gemeindeverbände zugeordnet werden — in einer Größenordnung von je 15 000 bis 25 000 Einwohnern.

Einige Teilfragen, noch keineswegs die Konzeption im Ganzen, hat der durch einen Politbürobeschuß vorbereitete Entwurf des Staatsrates der DDR zur sozialistischen Kommunalpolitik vom 11. Dezember 1969 ausgesprochen, der am 16. April 1970 zum Beschluß erhoben wurde („Die weitere Gestaltung des Systems der Planung und Leitung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, der Versorgung und Betreuung der Bevölkerung in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden“). In ihm heißt es: „Die Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus und die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution verlangen, die materiellen und finanziellen Mittel konzentriert in den Zentren der Produktion, der Wissenschaft und des gesellschaftlichen Lebens einzusetzen, um die staatlich festgelegten strukturbestimmenden Aufgaben planmäßig und mit höchster Effektivität zu erfüllen. Damit werden zugleich weitere materiell-technische Grundlagen für das Wohnen, für das geistig-kulturelle Leben, für die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend, die Bildung, die Versorgung, die gesundheitliche Betreuung und die Ausübung von Körperkultur und Sport geschaffen.“

Aus den Kommentaren dazu ist das Referat hervorzuheben, das Fritz Scharfenstein, Minister für die Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte der DDR, bei der Eröffnung des ersten Zweijahreskurses zur Ausbildung von Führungskräften für den Staatsapparat in der Babelsberger Akademie hielt (31. August 1970). Er wies auf „das bessere Zusammenwirken der Städte und Gemeinden mit den Betrieben und Kombinatn sowie der

Städte und Gemeinden untereinander" hin und zitierte Ulbricht (19. Staatsratssitzung): „Das prinzipiell Neue wird dadurch charakterisiert, daß jetzt auf wissenschaftlicher Grundlage der Weg zum Gesamtsystem der Planung und Leitung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden und Gemeindeverbände beschritten wird.“ Die Zahl der vom Ministerrat bestimmten Entwicklungsstädte, „auf die die Mittel und Kräfte besonders konzentriert werden“, die „Zentren der Strukturpolitik und des gesellschaftlichen Lebens sind“ und in die zentral gesteuerte „Objektplanung“ einbezogen werden, bezifferte Scharfenstein mit 18.

Ulbricht selbst proklamierte die siebziger Jahre als Generalprobe für das Jahr 2000. In ihnen sollen die Fehler in der Territorialplanung, die in der zurückliegenden Zeit gemacht wurden, überwunden werden. Gesucht wird die optimale Synthese zwischen Produktion und Territorium, zwischen Industrie-, Landwirtschafts-, Infra-, Siedlungs- und Verwaltungsstruktur. Seit 1967 gibt es eine Reihe von Einzelmaßnahmen, die aber, wie es heißt, noch nicht zu einem geschlossenen System verbunden sind. Ausgearbeitet, aber noch nicht veröffentlicht, sind eine „Prognose der rationellen Standortverteilung der Produktivkräfte in der DDR“, in der die Hauptlinien der Entwicklung der territorialen Struktur der Volkswirtschaft bis 1980 und zum Teil darüber hinaus festgelegt sind, sowie eine strukturpolitische Konzeption der Volkswirtschaft für 1971 bis 1975, welche die Grundlinie der territorialen Entwicklung der Volkswirtschaft enthalten soll.

Das Problem der Raumplanung und Raumordnung in der DDR, mit der Perspektive eines vollentwickelten Industriestaates im Jahre 2000, konnte hier, im Zusammenhang mit dem ESS, nur skizzenhaft angedeutet werden. Ob die mannigfachen Prognosen, die inzwischen in den zentralen Stellen und den Bezirksleitungen ausgearbeitet werden, sich zur gesellschaftlichen Gesamtprognose zusammenfügen, ob überhaupt die damit entstehenden immensen Investitionsprobleme gelöst werden können — das bleiben offene Fragen. Ebenso möglich wäre es z. B., daß der Staatsratsbeschluß zur sozialistischen Kommunalpolitik, der Betriebe und Gemeinden zur Kooperation auffordert, darauf hinausläuft, die bisher erfolgreichste Kampagne in der DDR „Schöner unsere Städte und Gemeinden — mach mit!“ in Permanenz zu erklären.

Man könnte eine Gleichung formulieren: Je geringer die Chancen sind, desto mehr wird die SED-Führung auch weiterhin auf die totale Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik abheben und im Inneren alles Gewicht auf die Bewußtseinsbildung legen. Eine Partei- und Staatsführung hingegen, die sich Erfolgchancen ausrechnet, könnte über ihren Schatten springen und sich überlegen, aus einer gesamteuropäischen — und innerdeutschen — Kooperation Gewinn zu ziehen, um in dem Gebiet, für das sie verantwortlich ist, ein Problem zu lösen, das im Zuge der industrie- gesellschaftlichen Entwicklung, im Zuge des internationalen Trends der Urbanisierung auch dann zur Lösung anstände, wenn Deutschland nicht geteilt worden wäre.

Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR

Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in „totalitär verfaßten Staaten“ ist schon häufig Gegenstand sozialwissenschaftlicher Analysen gewesen. Erinnert sei u. a. an die von Hofer und Geyer vorgelegten Arbeiten, deren analytische Perspektive durch das Totalitarismus-Modell abgesteckt und erheblich eingegrenzt war.

Es soll hier nicht die Diskussion um den Wert oder Unwert dieser Theorie wieder aufgegriffen werden, wenn auch zu diesem Thema bisher noch kein befriedigendes Ergebnis vorliegt. Vielmehr ist von der Feststellung auszugehen, daß die DDR-Gesellschaft — vor allem in den letzten Jahren — einen Wandel erfahren hat, der — in unterschiedlichen Graden und auf verschiedene Weise — alle Teile dieser Gesellschaft beeinflußt hat. Diese Wandlungen des Untersuchungsgegenstandes haben natürlich auf die Wissenschaften zurückgewirkt, die sich damit befassen — also auf die DDR-Forschung. Von daher ist es u. a. zu verstehen, wenn in jüngster Zeit der Begriff von der „vergleichenden Deutschlandforschung“ programmatisch in die Diskussion geworfen wurde.

Es ist hier zu fragen, was damit gemeint ist. Zunächst sei darauf verwiesen, daß mit dem angesprochenen Vergleich zwischen BRD und DDR nicht allein die naive Gegenüberstellung von statistisch ermittelten Daten gemeint sein kann. Die im Hintergrund der DDR-Forschung stehende Absicht einer Hilfe zur politischen Entscheidungsfindung für die Deutschlandpolitik verlangt mehr als das Austeilen von Noten

Es kann hier nicht der Ort sein, die erkenntnistheoretischen Probleme der perspektivischen Veränderung für die DDR-Forschung im Hinblick auf eine vergleichende Deutschlandforschung aufzuzeigen²⁾. DDR-Forschung soll hier vornehmlich als ein wissenschaftliches Geschäft verstanden werden, das im unmittelbaren Kontext zur Politik steht und dies auch

durch den Vergleich unter dem Summenstrich. Vergleichende Deutschlandforschung, das ist für uns eine spezifische Form der Systemanalyse, bedarf also einer entsprechenden Systemtheorie. Sie versteht letztlich die DDR-Gesellschaft und die BRD-Gesellschaft als soziale Systeme, die sich zueinander durch „besondere Beziehungen“ charakterisieren. Solche Untersuchungen unterscheiden sich somit von systemtheoretisch angelegten Untersuchungen zum Verhältnis der BRD-Gesellschaft zu anderen Gesellschaften wie etwa Frankreich oder England grundsätzlich. Ausdrücklich sei in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß der Begriff „System“ nicht dem allgemeinen politischen Sprachgebrauch entnommen ist. Politisches System oder System der Wissenschaften meint hier also gesellschaftliche Bereiche aus der Sicht der sozialwissenschaftlichen Systemtheorie.

Nun befindet sich eine so betriebene DDR-Forschung in einer unangenehmen Situation. Einerseits verlangt die Politik zunehmend mehr Informationen und Analysen über die DDR — ein Ausfluß der veränderten Situation im Bereich der Ost- und Deutschlandpolitik —, andererseits aber verfügt die DDR-Forschung noch lange nicht über eine auch nur annähernd zufriedenstellend ausgearbeitete Systemtheorie als Basis ihrer analytischen Tätigkeit¹⁾. Auf die Gefahren einer leichtfertigen Kompromißlösung aus diesem Dilemma braucht wohl nicht verwiesen zu werden: die vorgebliche „reine Informationslieferung“ über die DDR durch die DDR-Forschung kann in dieser Situation sicher nicht befriedigen.

I. Der systemtheoretische Ansatz

bewußt zu akzeptieren hat. Sicher wird es in der kommenden Zeit noch Kontroversen und

¹⁾ Vgl. Narr/Naschold, Einführung in die moderne politische Theorie, Band II: Systemsteuerung, Stuttgart 1969, S. 8.

²⁾ Vgl. hierzu C. Burrichter, Fragen zu einer soziologischen Theorie der DDR-Gesellschaft, in: Deutschland Archiv, Heft 7, 1969, S. 698 ff.

Diskussionen in der Fachliteratur zum Thema „vergleichende Deutschlandforschung“ geben. Es mag daher genügen, wenn bekannt ist, daß auch das Erlanger „Institut für Gesellschaft und Wissenschaft“ sein langfristiges Ziel im Systemvergleich sieht. Allerdings ist wohl davon auszugehen, daß bis dahin noch viel intellektuelle Energie in die Rezeption und themengerechte Aufbereitung der im Bereich der Sozialwissenschaften bisher vorliegenden Erkenntnisse zur vergleichenden Systemtheorie investiert werden muß, ehe diese für die DDR-Forschung wirklich operationalisiert werden kann.

Wenn die Beziehungen von Wissenschaft und Politik in der DDR zur Diskussion stehen, dann sind mit diesem Thema aus systemtheoretischer Sicht gleich drei Problembereiche angesprochen:

- a) das gesamtgesellschaftliche System der DDR; die DDR-Gesellschaft insgesamt,
- b) das Teilsystem Wissenschaft und
- c) das Teilsystem Politik.

Geht man weiter von der Systemtheorie aus, dann rückt mit der Frage nach der Interdependenz zwischen diesen Teilsystemen der funktionale Aspekt deutlicher in den Vordergrund³⁾; welche Funktionen erfüllt jedes System für das andere und umgekehrt? Dieser konsequente Einbezug der funktionalen Betrachtung ist nur über die Systemtheorie ge-

währleistet, wie uns ein Rückblick auf frühere Analysen — die im wesentlichen von dem strukturellen Totalitarismus-Modell ausgingen — deutlich macht. So konnte man noch vor Jahren mit funktionalem Impetus die „Wissenschaft im totalen Staat“ analysieren (etwa bei H. J. Lieber); die alleinige Bezugsgröße, an der die Funktion angelegt wurde, war das als totalitär verstandene politische System. Erst die Öffnung durch die Systemtheorie, also der Einbezug weiterer relevanter Teilsysteme, hat dann deutlich gemacht, daß auch die Gesellschaft — als Kategorie im System — funktionale Aspekte aufweist, die sich im Teilsystem Wissenschaft und in seinem Verhältnis zum Teilsystem Politik niederschlagen.

Damit aber erfährt die Totalitarismus-Theorie im theoretischen Gesamtkonzept der DDR-Forschung eine nicht unwesentliche Relativierung. Sie wird zwar nicht eliminiert — was dem Charakter der DDR-Gesellschaft nicht gerecht würde —, ihr werden aber relevante Systeme zur Seite gestellt, die funktional nicht ohne weiteres mit dem politischen System in Einklang zu bringen sind. Ja, wir möchten hypothetisch formulieren: *unter funktionalen Aspekten hat sich zwischen dem politischen System und dem System der Wissenschaften eine qualitativ neue Konfliktsituation herausgebildet.* Zum Beleg dieser Hypothese sei zunächst auf beide Teilsysteme jeweils näher eingegangen.

II. Funktionale Aspekte des Teilsystems Wissenschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution

Es wurde bereits darauf verwiesen, daß in die Behandlung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik auch die Gesamtgesellschaft als System einzubeziehen sei. Diese drei Problemebenen — als Systeme begriffen — stehen in einer eigentümlichen Interdependenz. Von daher bietet sich — für die Analyse der Wissenschaften — folgender Gedankengang an:

1. Zunächst ist das Teilsystem Wissenschaften auf seine *internen Probleme* hin zu befragen;

³⁾ Wir müssen es uns aus Platzgründen versagen, auf die Unterschiede einer strukturell und einer funktional vorgehenden Systemtheorie einzugehen. Vgl. hierzu W.-D. Narr, *Theoriebegriffe und Systemtheorie*, Berlin, Köln, Mainz 1971, passim.

2. ist das Verhältnis der Wissenschaft zur Gesellschaft als Gesamtsystem aus der *Sicht der Wissenschaft* zu erörtern und schließlich gilt es

3. die Interferenz oder Interdependenz zum Teilsystem Politik als *Problem der Wissenschaften* zu klären.

Erst wenn in diesen drei Ebenen die Probleme ausgearbeitet sind, kann eine sinnvolle Funktionsbestimmung vorgenommen werden.

1. Die internen Probleme des Teilsystems Wissenschaft

Um die internen Probleme des Teilsystems Wissenschaft verdeutlichen zu können, muß bedacht werden, daß Systemtheorie eine Aus-

prägung oder theoretische Weiterführung der Handlungswissenschaft ist. Von daher ist eine Bestimmung des Systems darin zu sehen, daß der im System Handelnde selbst die Grenzen des Systems erkennt. Für die Wissenschaft heute ist diese Feststellung nicht ohne Bedeutung. Kann doch „als Disposition des Handelns“ beim Wissenschaftler — auch in der DDR — immer noch ein Wissenschaftsverständnis angenommen werden, das in starkem Maße der deutschen Wissenschaftstradition verhaftet geblieben ist. Die daraus abzuleitenden Grenzen für das Teilsystem sind hingegen fließend geworden.

An einem Beispiel sei dies verdeutlicht: Als Hofer seine Analyse ⁴⁾ vorlegte, stellte er in seinem Vorwort fest: „Daß damit Wissenschaft (gemeint ist die Wissenschaft in totalitären Gesellschaften, C. B.) in unserem Sinne letztlich in Frage gestellt ist, ist wohl nicht zu bestreiten.“ ⁵⁾ Es muß jedoch gefragt werden, ob Wissenschaft in unserem Sinne noch zeitgemäß verstanden wird. Deuten nicht vielmehr die langen und hartnäckigen Diskussionen um die Stellung der Wissenschaft in den modernen Gesellschaften darauf hin, daß auch wir auf der Suche nach einem neuen, zeitgemäßen Wissenschaftsverständnis sind. Es wäre also verfehlt, in eine Analyse der DDR-Wissenschaften unser nicht mehr gesichertes Wissenschaftsverständnis als erkenntnisaufschließend und als analytische Kategorie einzubringen.

Wenn das Wissenschaftsverständnis nicht mehr als ausschließlich normative Setzung verstanden wird, sondern zum gesellschaftlichen Begriff ⁶⁾ wird, muß doch wohl seine definitorische Bestimmung aus eben dem jeweiligen Charakter der Gesellschaft hergeleitet werden.

Für die DDR bedeutet dies: Unter den gegebenen Umständen befinden sich die Wissenschaftler derzeit auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis, und die Diskussionen zum Begriff der „Produktivkraft“ spiegeln dies nachdrücklich wider.

An verschiedenen Detailaspekten ließe sich diese Problemstellung noch weiter explizieren. Wir möchten uns auf diesen zentralen Hinweis beschränken und ausdrücklich betonen, daß wir die unter dem Thema „Produktivkraft

Wissenschaft“ geführten Diskussionen in der DDR im Hinblick auf ein neues Wissenschaftsverständnis als das zentrale Problem des Teilsystems Wissenschaft ansehen. Unter diesen Voraussetzungen halten wir eine genaue Beobachtung und Analyse der Diskussionen zu diesem Thema für wesentlich hinsichtlich einer sachgemäßen Beurteilung der Funktionen und der Stellung der Wissenschaften im Gesamtsystem der DDR.

Eines läßt sich jedoch bereits jetzt erkennen: Die relative oder auch absolute Isolierung wissenschaftlicher Tätigkeit von der Gesellschaft — nie ganz realisiert, aber auf der Basis eines speziellen Bildungsideals (Humboldt) immer postuliert — wird durch eine gesellschaftliche Öffnung abgelöst. Nicht mehr der ohnehin problematische Wahrheitsbegriff und die daraus abgeleitete Forderung nach Autonomie der Wissenschaft stehen in der DDR zur Diskussion, sondern die durch die wirksamen ordnungspolitischen Vorstellungen der politischen Führung kanalisierten gesellschaftlichen Bedürfnisse. Die Analyse der DDR-Wissenschaften wird sich die Aufgabe stellen müssen, den Grad der echten gesellschaftlichen Wirksamkeit gegenüber den durch die Politik verfremdeten Einflüssen im sich herausentwickelnden neuen Wissenschaftsverständnis exakt zu bestimmen, in welchem Maße also ideologische Determination und gesellschaftliche Offenheit in das veränderte Wissenschaftsverständnis eingeht. Nur am Rande sei hier angemerkt, daß das Thema „Parteilichkeit“ der Wissenschaften zugunsten der Produktivkraft-Diskussion in den Hintergrund gerückt ist.

Noch ein weiterer Aspekt sei für das Teilsystem Wissenschaft als charakteristisch aufgezeigt. Wie die Gesamtgesellschaft, so ist auch das Teilsystem Wissenschaft in modernen Gesellschaften durch eine zunehmende Differenzierung gekennzeichnet. Daß damit auch für das System selbst — also für die Wissenschaften — Probleme entstehen, versteht sich von selbst. In zweifacher Hinsicht wird nun in der DDR versucht, diesem Problem Herr zu werden. Einerseits gibt es seit geraumer Zeit Diskussionen um die Etablierung einer neuen wissenschaftlichen Disziplin: der *Wissenschaftswissenschaft*. Aufgabe dieser neuen Disziplin wird es sein, „zur Erhöhung der Effektivität der Wissenschaft“ durch Schaffung der theoretischen Grundlagen beizutragen ⁷⁾.

⁴⁾ Hofer, Wissenschaft im totalen Staat, München 1964.

⁵⁾ A. a. O., S. 9.

⁶⁾ Vgl. H. Lades, C. Burrichter (Hrsg.): Produktivkraft Wissenschaft — Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR, Hamburg 1970, S. 18 ff.

⁷⁾ G. M. Dobrow, Aktuelle Probleme der Wissenschaftswissenschaft, Berlin 1970, S. 10 f.

Darüber hinaus zeigt das Bemühen um die Etablierung der „marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft“ das Bestreben, die Problematik der zunehmenden Differenzierung der Wissenschaften zugleich organisatorisch in den Griff zu bekommen. An diesem Beispiel läßt sich zeigen, wie die politische Führung über die institutionelle Ebene die Fragen der Leitung und Anleitung der Wissenschaften zu lösen sucht.

2. Das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft

Wenn wir bei der Analyse der Diskussion zum Thema „Produktivkraft Wissenschaft“ herausfanden, daß damit letztlich die Suche nach einem „zeitgemäßen“ Wissenschaftsverständnis gemeint war, ist damit zugleich bereits das Verhältnis von Wissenschaft und Gesamtgesellschaft angezeigt. Die Konturen werden jedoch deutlicher, wenn wir zunächst unter Außerachtlassung der spezifisch politischen Verfaßtheit die DDR-Gesellschaft als hochindustrialisierte Gesellschaft verstehen.

Dabei sind zwei Merkmale hervorzuheben:

- a) die zunehmende Differenzierung dieser Gesellschaften, also das Ansteigen ihrer Komplexität, und
- b) die diesen Gesellschaften eigentümliche Fortschrittsdynamik als „funktionaler Imperativ“.

Aus dieser Situation leiten sich konkrete Probleme für die Wissenschaften her. Sie sind zunächst gehalten, den Differenzierungsprozeß der Gesamtgesellschaft durch sinnvolle Reduktion nicht ins Chaotische abgleiten zu lassen — eine vorzüglich den Gesellschafts- bzw. Sozialwissenschaften zukommende Aufgabe. Daß nämlich die herkömmlichen ordnungspolitischen Muster nicht mehr ausreichen, zeigen uns nicht nur sozialistische, sondern auch westliche Gesellschaften mit Nachdruck. (Unberücksichtigt lassen wir hier zunächst auch die Reduktionsfunktion des politischen Systems.) Den entsprechenden Wissenschaften kommt also vermehrt die Aufgabe zu, die Herausbildung eines zeitgemäßen Gesellschaftsbewußtseins mit ihren Möglichkeiten zu unterstützen. Dies gilt für alle Industriegesellschaften und muß als eine der zentralen Funktionen der Sozial- bzw. Gesellschaftswissenschaften angesehen werden.

Was die Problematik des Fortschritts angeht, so dürfte auch hier einleuchtend sein, daß — neben den Technik- und Naturwissenschaften als den Initiatoren des Fortschritts — den Sozialwissenschaften in zweierlei Hinsicht Probleme angetragen werden, die ihre Funktion ausmachen und die sie bei gesellschaftlicher Öffnung in ihr Selbstverständnis aufzunehmen haben.

Wenn Fortschritt seinen Ursprung im Finden und Anwenden von Innovationen hat, dann gilt es einerseits, die mit der praktischen Umsetzung dieser neuen Erkenntnisse verbundenen Tagesfragen zu lösen. Das ist kein neues Problem, es ist allenfalls umfassender und komplexer geworden. Hinzu kommt jedoch, daß sich moderne Gesellschaften zunehmend schneller verändern und von daher Problemlösungen der Gegenwart tunlichst die Problemstellungen von morgen antizipieren sollten. *Vorausschau wird also zum Problem und somit Prognose zur zentralen Funktion der Wissenschaften.*

3. Das Teilsystem Politik als Problem der Wissenschaft

Die Systemtheorie untersucht die Summe der Teilsysteme eines Gesamtsystems in ihrem Verhältnis zu je einem Teilsystem als Umwelt. Insofern stellt das politische Teilsystem für die Wissenschaften einen Ausschnitt aus seiner Umwelt dar. Solange man allein von der Totalitarismus-Theorie ausging, war das politische System für alle anderen gesellschaftlichen Teilsysteme die Umwelt schlechthin. Das kann heute nicht mehr in dem Maße gelten. So ist u. a. der Zwang zur Fortschrittsdynamik einer Industriegesellschaft keine Variable mehr, die im Kalkül der politischen Führung von Fall zu Fall je unterschiedlich und willkürlich eingesetzt werden kann. Objektive Änderungen im gesellschaftlichen System („Basis“) haben demnach die Systeminterdependenz zwischen Politik und Wissenschaft qualitativ verändert.

Als internes Problem des Teilsystems Wissenschaft muß also die Antizipation des noch verbliebenen Bereichs an reiner politischer Dezi- sion unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen und wissenschaftsinternen Problemstellungen angesehen werden. Nach dem bisher Gesagten bedeutet das: In welchem Maße kann sich Wissenschaft in Zukunft gegenüber den Forderungen des politischen Systems auf die

Problemstellungen aus dem gesellschaftlichen Bereich berufen, um damit — bedingt durch den objektiven Zwang — dem totalen Anspruch des politischen Systems zu entgehen? Man sollte an dieser Stelle jedoch nicht dem Fehler verfallen und annehmen, es würden sich wieder Elemente unseres tradierten Wissenschaftsverständnisses festsetzen können. In jedem Fall steht Wissenschaft unter dem Postulat einer *Neubegründung ihres Selbstverständnisses* unter diesen veränderten Umständen.

Nimmt man nun als Motivation des politischen Systems

- a) das Bedürfnis nach Machterhaltung und
- b) das Bedürfnis nach Machtperpetuierung

und denkt man hinzu, daß auch die politische Führung in der DDR heute nicht mehr in der Lage ist, die Komplexität der Gesellschaft ohne Inanspruchnahme der Wissenschaften für die politische und gesellschaftspolitische Entscheidungsfindung zu bewältigen, so wird deutlich, daß in dieser Hinsicht die soziale Potenz der Wissenschaften erheblich zugenommen hat. Dies gilt sowohl bei der Bewältigung der *tagespolitischen Entscheidungsfragen*, wie aber auch — und hier in verstärktem Maße — für den Bereich der *Prognosefindung*. Ja, es kann sogar festgestellt werden, daß für die Funktion der Prognose den Wissenschaften ein größerer Spielraum zwangsläufig zugestanden werden muß. Von der Sache her befindet sich somit die Wissenschaft in der Vorhand, und es dürfte von Interesse sein, wie sich aus der Sicht des politischen Systems das Verhältnis von Wissenschaft und Politik konkret gestaltet.

Bevor wir uns diesem Komplex eingehender zuwenden, seien die bisher zum Problem der funktionalen Verortung der Wissenschaften unter Berücksichtigung der aufgezeigten Aspekte der wissenschaftlich-technischen Revolution noch einmal zusammenfassend dargestellt: Wissenschaft sieht sich — in jeder modernen Gesellschaft — vor die Aufgabe gestellt, ihr Selbstverständnis neu zu finden und zu definieren. Da nicht mehr gilt, daß die Zweck-Mittel-Relation des tradierten Wissenschaftsverständnisses (Wissenschaftler als Idealtypus des vollkommenen Gesellschaftsmitgliedes) mit den allgemeinen Erwartungen der Gesellschaft zur Deckung zu bringen ist, muß die Reflexion radikal angesetzt werden. Das Wissenschaftsverständnis als Sinngebung des sozialen Verhaltens der Wissenschaftler

muß als gesellschaftliche Kategorie gedacht und definiert werden. Die Autonomie der Wissenschaft ist damit überholt. Die sowohl in der BRD wie in der DDR zum Thema „Produktivkraft Wissenschaft“ geführten Diskussionen zeigen auch bereits erste Ansätze in dieser Richtung.

In diesen Prozeß hinein wirken konkrete Probleme der Gesamtgesellschaft, die den Prozeß der neuen Selbstbestimmung mitprägen. Gesellschaft erwartet von der Wissenschaft für den Sektor der ordnungspolitischen Diskussion Hilfestellung durch Rationalisierung. Sie ist zudem existentiell an einer gesellschaftlichen Verwertung der Fortschrittspotenz interessiert.

Insofern gehen in das zu entwickelnde Wissenschaftsverständnis vor allem als neuer Bereich die Prognose — aber auch die aktuelle Daseinsgestaltung — ein.

Aus dem politischen System erfährt nun dieser Prozeß weitere Determinierungen. Von hier werden normative Anhaltspunkte verbindlich geliefert. Eine Relativierung erfährt dieser Steuerungsprozeß jedoch durch die objektiven Ansprüche der Gesellschaft, die mit den normativen Bedingungen der Politik nicht in jedem Falle korrespondieren, ja zuweilen gar kollidieren.

So gesehen, muß das Terrain, auf dem sich das von uns erwartete neue Wissenschaftsverständnis entwickeln wird, als teilweise politikunabhängig angesehen werden.

Das Kardinalproblem des Teilsystems Wissenschaften muß also unter Berücksichtigung der aufgezeigten Systeminterdependenzen in der Findung eines neuen Wissenschaftsverständnisses gesehen werden. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß wir diesen Prozeß nicht mit den Maßstäben wertend beobachten können, die einem nicht mehr zeitgemäßen Wissenschaftsverständnis entlehnt sind. Vielmehr gilt die Hypothese, daß mit den Veränderungen der Gesellschaften durch die wissenschaftlich-technische Revolution sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen auch unterschiedliche Wissenschaftsbegriffe herauskristallisieren werden. Sie sind dann nicht mehr schlicht untereinander vergleichbar, sondern nur noch funktional im Hinblick auf das jeweilige System adäquat zu erfassen. Ein sinnvoller Systemvergleich muß also zunächst diese funktionalen Äquivalente theoretisch erarbeiten.

III. Funktionale Aspekte zum Teilsystem Politik

Analog zu unserer Vorgehensweise bei der Behandlung des *Teilsystems Wissenschaft* stellen wir auch bei dem *Teilsystem Politik* die Beziehungen zum gesamtgesellschaftlichen System und zum Teilsystem Wissenschaften her. Die drei Probleme sind nunmehr:

1. die internen Probleme des politischen Systems,
2. die aus dem Verhältnis des politischen Systems zum gesamtgesellschaftlichen System sich ergebenden Probleme und schließlich
3. die Interdependenz zur Wissenschaft als Problem des politischen Systems.

Auch in diesem Abschnitt sollen dann anhand der aufgefundenen Problemstellungen die Funktionen stärker konkretisiert werden.

1. Die internen Probleme des politischen Systems

Das politische System — getragen von einer Partei — ist auch selber dem gesamtgesellschaftlichen Prozeß der Differenzierung ausgesetzt. Dieser Vorgang wird aus der Umwelt in das politische System hineingetragen, muß aber von ihm entsprechend beantwortet werden. Die heute in der DDR praktizierte Parteitheorie entstammt jedoch einer anderen gesellschaftlichen Verfaßtheit. Sie war und ist nicht auf die hochindustrialisierte Gesellschaft und ihre Probleme zugeschnitten. Im Grunde treffen wir hier — analog zum Teilsystem Wissenschaft — auf ein ähnliches Phänomen. Wenn wir dort die Notwendigkeit eines neuen Wissenschaftsverständnisses erkannten, so ist es hier die *Unsicherheit über die Rolle der Partei*. Es fehlt eine *unter den Gesichtspunkten der modernen Industriegesellschaft entworfene Parteitheorie*, die ja nur die systematische Konkretisierung des Selbstverständnisses der Partei unter den veränderten Bedingungen sein würde. Dieses Problem ist von der Parteiführung aus sich allein nicht lösbar. Sie bedarf dazu der Hilfe der Wissenschaften, da nicht die grundsätzlichen Prinzipien (es sei erinnert an das „sowjetische Grundmodell des Sozialismus“) in Frage stehen, sondern ihre Realisierung unter den Bedingungen hochkomplexer, industrieller Gesellschaften. Daß damit zugleich auch die Rolle des Staates und andere Probleme angesprochen sind, versteht sich von selbst.

Ogleich man bisher keine konkreten Problemlösungen, etwa durch Auftragserteilung an die Gesellschaftswissenschaften (eine Soziologie der politischen Partei gibt es in der DDR nicht), feststellen konnte, muß doch davon ausgegangen werden, daß die politische Führung der DDR das Problem erkannt hat und an seiner Lösung arbeitet bzw. arbeiten läßt. Und es kann kein Zweifel bestehen, daß mit einer solchen neuen Parteitheorie dann viel konkreter das Verhältnis — der Grad der Dominanz — des Teilsystems Politik zur Gesellschaft und den übrigen Teilsystemen geklärt werden wird.

2. Das Verhältnis des politischen Systems zum gesamtgesellschaftlichen System

Das gesellschaftliche Gesamtsystem trägt zudem weitere Probleme in das Teilsystem Politik hinein. Auch hier ist eine gewisse Analogie zum Teilsystem der Wissenschaften zu erkennen. Wir haben bereits darauf verwiesen, daß das allgemeine gesellschaftliche Bewußtsein als Folge des rapiden Differenzierungsprozesses mehr und mehr verunsichert wird. Die herkömmlichen Muster der tradierten Ideologie haben ihre Wirkung — wenn sie sie je hatten — weitgehend eingebüßt. Das politische System muß daher das Bild vom sozialistischen Menschen und von der sozialistischen Menschengemeinschaft konkretisieren. Eine Aufgabe, die die Ideologie unter den obwaltenden Umständen gleichfalls ohne die Wissenschaft nicht mehr zu lösen vermag.

Darüber hinaus stehen dem Teilsystem Politik Probleme ins Haus, die mit der aktuellen Umsetzung der Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution im weitesten Sinne vermehrt aufkommen. Eine nicht-adäquate Lösung würde den Bestand der Machtstellung gefährden. Da aber auch hier die intellektuelle Potenz des politischen Teilsystems nicht ausreicht, muß durch verbindliche Vorgaben an die Wissenschaften eine Lösung gesucht werden.

Schließlich steht auch in diesem Zusammenhang — unter dem Vorzeichen der Machtperpetuierung — die Prognosefindung als zentrales Problem an. *In beiden Fällen, Lösung aktueller Tagesfragen und Antizipation zukünftiger Entwicklungen, obliegt es der Partei — aus ihrem Selbstverständnis —, die nor-*

mativen Vorgaben an die Wissenschaften zu liefern. Dabei entsteht für sie das Risiko, Barrieren aufzubauen, die den Entwicklungsprozeß hemmen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang etwa an die problematische Diskussion über die Anwendung der Kybernetik.

Als das zentrale Problem, das die eben aufgezeigten Detailprobleme in hohem Maße verkompliziert, muß nun die *Notwendigkeit*, ja der objektive Zwang, nach *gesamgesellschaftlicher Erfassung*, also die determinierende Funktion aller gesellschaftlichen Teilbereiche angesehen werden. Was früher nur verbal und als Ableitung der Ideologie zu verstehen war und je nach den aktuellen Aspekten der Opportunität gehandhabt wurde, wird nun zur *Basis der Machtbehauptung*. Gesellschaft muß — nicht nur vom ideologischen Konzept her, sondern aufgrund der Erfordernisse moderner Industriegesellschaften — insgesamt zur politischen Entscheidungsfindung informativ erfaßt sein. Es geht nun nicht mehr darum, sie mit veralteten Mustern je nach Bedarf zu interpretieren; wer seine politische Machtposition erhalten möchte, muß das Gesamtsystem mit all seinen Teil- und Subsystemen potentiell im Griff haben. Und dazu ist das politische System existenziell auf die Leistungen der Wissenschaften angewiesen.

3. Die Interdependenz zur Wissenschaft als Problem des politischen Systems

Schließlich kann nicht übersehen werden, daß unter den genannten Voraussetzungen dem Teilsystem Wissenschaft eine soziale und damit politische Potenz zugefallen ist, die es für das politische System zu einem Problem ersten Ranges werden läßt. Solange nämlich sich in der DDR kein den ordnungspolitischen Vorstellungen der SED gemäßes Wissenschaftsverständnis entwickelt hat, droht von hier der Partei eine erhebliche Gefahr. Einmal ist das politische System auf die Hilfestellung der Wissenschaften — und hier zuvörderst der Gesellschaftswissenschaften — auf Gedeih und Verderb angewiesen. Zum anderen könnte eine unkontrollierte Diskussion und die Entwicklung eines neuen Wissenschaftsverständnisses sehr schnell den Primat der Partei faktisch in Frage stellen.

Vielleicht ist an dieser Stelle ein kleiner Exkurs erlaubt. Es soll damit verdeutlicht wer-

den, welche Brisanz u. U. in dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR heute liegt. Als im vorigen Jahrhundert Marx sich auf die Suche nach der größten sozialen und politischen Potenz als Vehikel der Revolution machte, entdeckte er das Proletariat. Dessen Potenz lag weniger in der Qualität als in der Quantität.

Wie aber, wenn in hochindustrialisierten Gesellschaften nicht mehr die quantitative, sondern die qualitative Größe den Ausschlag gibt? Wenn also nicht mehr das Proletariat, sondern die Wissenschaften zur entscheidenden „geschichtlichen Kraft“ geworden sind? Wie hat dann darauf das politische System zu reagieren? Deuten sich möglicherweise schon Veränderungen in dieser Richtung an?

Abschließend sei in einem kurzen Hinweis angezeigt, daß darüber hinaus ein weiteres Problem für das politische System formuliert werden muß: die sogenannte Abwehr äußerer Einflüsse. Hier kommt in besonderem Maße die deutsche Situation zum Ausdruck. Auch auf diesem Sektor ist die Verwissenschaftlichung der Politik bereits zu konstatieren.

Zusammenfassend können wir nunmehr für das politische System sagen:

Im Vordergrund steht die Aufgabe, das Selbstverständnis über *Rolle und Funktion der Partei neu zu definieren*. Dabei kann jedoch nicht mehr nur nach ideologischen und machtpolitischen Gesichtspunkten verfahren werden, sondern es sind die Grenzen wesentlich durch die Bedingungen der industriellen Gesellschaft mitbestimmt. Zudem verlangt die Entwicklung einer neuen Parteitheorie den Rückgriff auf die Wissenschaften, die — zwar institutionell, aber nicht in jedem Falle vom ordnungspolitischen her — durchaus nicht uneingeschränkt als willfähige Hilfstruppe angesehen werden können. Die ständig steigende politische Potenz dieses Teilsystems muß die politische Führung veranlassen, das *Verhältnis von Wissenschaft und Politik* sehr viel diffiziler zu gestalten. Dies wiederum kann nur mit der *Wissenschaft gelingen, nicht aber gegen sie*. Gleiches gilt für die übrigen Problembereiche. Auch hier ist das politische System unabdingbar auf die Unterstützung der Wissenschaften angewiesen.

IV. Ausblick

Wir hatten eingangs die Hypothese einer Konfliktsituation zwischen Wissenschaft und Politik formuliert. Nach dem bisher Gesagten läßt sich dies nun konkretisieren. Wir meinen, daß mit dem Aufkommen der Probleme einer hoch-industrialisierten Gesellschaft das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik einen neuen Spannungsgehalt erfährt, der sich qualitativ von früheren Situationen abhebt. Zur Lösung dieser Konfliktsituation müssen jedoch beide betroffenen Teilsysteme konstruktiv beitragen. *Das ist neu.* Konnte man noch früher eine Lösung in der Unterordnung der Wissenschaften unter den Primat der SED-Politik sehen, so ist nunmehr — aufgrund der veränderten objektiven Bedingungen — der Beitrag der Wissenschaften gefragt, und wir möchten in eben diesem neuartigen Verhältnis von Wissenschaft und Politik den Ansatz für die Erklärung dessen sehen, was häufig — mehr verdunkelnd als klärend — als Reformkommunismus angesprochen wird.

Die damit zu konstatierende soziale Potenz der Wissenschaften ist zugleich auch entsprechend dem politischen Charakter des Systems als politische Potenz zu werten. Auch die DDR ist in das Stadium der übergreifenden Verwissenschaftlichung eingetreten und hat die damit auftretenden Probleme, aber auch Vorteile,

wahrzunehmen. Wenn dies stimmt, dann muß DDR-Forschung — will sie ein verwertbares Bild über die DDR erbringen — diesen Wandel im Stellenwert der Wissenschaften zum System analysieren. Erst wenn das gelingt, ist die DDR an den Stellen für die eigene politische Entscheidungsfindung so transparent, daß die Systemkonkurrenz zwischen der BRD und der DDR für uns auf einer soliden Basis steht. Und noch ein letztes sollte gesagt sein: So richtig es ist, den Wissenschaften im System der DDR neben der Politik eine zentrale Funktion und Rolle einzuräumen, so gefährlich wäre es auch — und unsere Ausführungen wären mißverstanden, wäre dies nicht deutlich geworden — würde man nicht stets gleichzeitig den politischen Bereich in die Analyse einbeziehen. Wissenschaft isoliert zum Gegenstand der Untersuchung zu machen, würde zu Ergebnissen kommen müssen, die nicht mehr dem Charakter der DDR-Gesellschaft entsprächen.

Vergleichende Deutschlandforschung, die das Verhältnis zwischen der BRD und der DDR auf den drei Ebenen *Konflikt*, *Konkurrenz* und *Kooperation* unter systemtheoretischen Aspekten angeht, hat also Wissenschaft und Politik als die dominanten Teilsysteme dieser Gesellschaft in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen.

Zur „BRD-Forschung“ in der DDR

Die Bundesrepublik ist für die DDR „Gegner und Vorbild zugleich“¹⁾, und sie ist seit ihrer Existenz Gegenstand wissenschaftlicher, politischer und propagandistischer Untersuchungen und Darstellungen. Das, was wir hierzulande — in Analogie zur „DDR-Forschung“ in der Bundesrepublik — „BRD-Forschung“ in der DDR nennen, hat sich längst zu einem eigenen, weit abgesteckten und in sich differenzierten Wissenschaftsgebiet entwickelt. Es ist für uns schon kaum mehr überschaubar — vielleicht ein Grund dafür, daß kaum einer sich die Mühe macht, kontinuierlich und systematisch das zu registrieren und zu analysieren, was Kollegen in der DDR über hiesige Ent-

wicklungen, Strukturen und Zusammenhänge denken oder jedenfalls schreiben²⁾.

Die wechselseitigen Analysen sind eine diffizile Angelegenheit — auch das vielleicht ein Grund für das sehr zögernde Herangehen. Solche Analysen sind jedoch für die hiesige DDR-Forschung interessant: Sie erschließen uns das in der DDR gängige, wissenschaftlich fundierte Bild über unsere Gesellschaft; sie vermitteln Aufschluß über strategisch-taktische Konzeptionen der SED-Führung; sie sind ein Muster für das praktizierte Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR; sie sind geeignet, die Ausstrahlung unserer Gesellschaft (bzw. der Teilsysteme) auf die DDR und die SED in Erfahrung zu bringen.

I. Gegenstandsbestimmung

„BRD-Forschung“, West-Forschung oder auch „Imperialismus-Forschung“ hat die Bundesrepublik als Ganzes bzw. politische und gesellschaftliche Teilbereiche und Prozesse zum Gegenstand. Wir haben zu unterscheiden zwischen wissenschaftlicher Forschung (DDR) über Politik und Gesellschaft (BRD) einerseits und wissenschaftlicher Forschung (DDR) über Wissenschaften (BRD) andererseits. Dieser Unterschied ist methodisch und institutionell von Bedeutung. Die permanente Beobachtung der Wissenschaften ist Aufgabe der einzelnen, betroffenen Disziplinen; eine Aufgabe, die in der Regel von allen Fachvertretern, darunter einigen Spezialisten, wahrgenommen wird. Die Analyse von Politik und Gesellschaft ist ebenfalls Aufgabe von Wissenschaftlern, allerdings nahezu ausschließlich Sache einer Gruppe von Spezialisten, die meist an Forschungsinstituten der Partei oder adäquaten Einrichtungen tätig sind (vgl. dazu Kap. IV). Die Spezialisten für Wissenschaften und die für Politik und Gesellschaft sind nicht immer identisch, sie arbeiten jedoch zum Teil in den gleichen Institutionen. Ein Ableger bzw. ein Teilgebiet der „BRD-Forschung“ ist schließlich die Beobachtung der in der Bundesrepublik betriebenen „DDR-Forschung“³⁾. Unsere Aufmerksamkeit soll hier vor allem der Wissenschaftsanalyse, die in der DDR betrieben wird,

gelten, ohne den anderen Bereich aus den Augen zu lassen.

Es entspricht dem kommunistischen Wissenschaftsverständnis und dem in der DDR praktizierten Verhältnis von Politik und Wissenschaft, daß der Analyse sowohl der Wissenschaften als auch der Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik ein einheitliches theoretisches Fundament und auch prinzipiell einheitliche Bewertungskriterien zugrunde gelegt werden. Bezugspunkt ist die „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“, eine politische Theorie, die unter maßgeblicher Beteiligung mitteldeutscher Wissenschaftler, vor allem Politökonomien, hauptsächlich am Modell der Bundesrepublik entwickelt worden ist. Von der „BRD-Forschung“ wird die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus gleichzeitig permanent reproduziert und weiterentwickelt.

¹⁾ H. Lades/C. Burrichter (Hrsg.), Produktivkraft Wissenschaft — Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR, Hamburg 1970, S. 384.

²⁾ Thomas Ammers Aufsatz im Deutschland Archiv, Heft 8/70 kann, nach den Analysen der Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ z. B. von Lades und Mann, als erster Versuch angesehen werden, in die Problematik einzudringen und sie geordnet darzustellen.

³⁾ Vgl. dazu die Miszelle von Förtsch/Schwarzenbach im Deutschland Archiv, Heft 11/70.

II. Motive und Ziele

Die „BRD-Forschung“ ist Aufgabe für alle Gesellschaftswissenschaften in der DDR; sie ist keine selbständige Disziplin, sondern Teil der Gesellschaftswissenschaften. Deshalb ist sie eingebettet in den Funktionsrahmen der Gesellschaftswissenschaften, der etwa als Hauptfunktionen vorsieht: Sicherung, Perpetuierung und Legitimierung der Herrschaft, Prognose, Bewußtseinsbildung, Klassenkampf. Die besondere politische Relevanz der „BRD-Forschung“ kommt in spezifischen Aufgaben zum Ausdruck, wie sie z. B. der Politbüro-Beschluß über die Gesellschaftswissenschaften vom 22. Oktober 1968 formuliert hat:

— „systematische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie und ihren Hauptvertretern“;

— „systematische Analyse und offensive parteiliche Auseinandersetzung mit den imperialistischen und rechtssozialdemokratischen Ideologen“;

— die Ziele des westdeutschen Imperialismus gegenüber den sozialistischen Staaten „verstärkt zu entlarven“;

— „die Rolle der westdeutschen Monopole und die Ursachen der besonderen Aggressivität des heutigen staatsmonopolistischen Herrschaftssystems zu entlarven“;

— „durch gründliche Analyse der Widersprüche des imperialistischen Systems die staatsmonopolistische Formierung in Westdeutschland und die geistige Manipulierung der Menschen durch die Massenmedien des Imperialismus aufzudecken und zu bekämpfen“;

— „die Notwendigkeit des Klassenkampfes der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anti-imperialistischen Kräften mit dem Ziel einer grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzung in Westdeutschland zu begründen“;

— „Auseinandersetzung“ mit: Methoden der psychologischen Kriegsführung, Nationalismus, Europaideologie, Konvergenztheorie, bürgerlicher Philosophie und Weltanschauung, „der imperialistischen und revisionistischen Auffassung einer Autonomie der Kultur und Kunst“;

— Forschungen über: den Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus, die Krise der Sozialdemokratie, die Rolle der sozialdemokratischen Führer im staatsmonopolistischen Kapitalismus, die „Entlarvung des

modernen Revisionismus und der Theorie des dritten Weges“⁴⁾ usw.

Im Themenkatalog, der dem Politbüro-Beschluß beigegeben ist, sind für die „BRD-Forschung“ insbesondere relevant: Thema 8 (Entwicklungstendenzen), 9 (Kampfziele und Kampfmethoden), 10 (Klassenwurzeln der Aggressivität und Militarisierung) und 11 (ideologische, politische und taktische Probleme des Klassenkampfes).

Diese Aufgaben sind für alle Gesellschaftswissenschaften verbindlich, wobei jeweils verschiedene Akzente gesetzt werden. Die Historiker etwa haben hauptsächlich zu „entlarven“ und „die Durchsetzung klarer klassenmäßiger Vorstellungen in der westdeutschen Arbeiterbewegung (zu) fördern“⁵⁾; die Soziologen haben „soziologische Untersuchungen neuer Erscheinungen des Kapitalismus unter besonderer Berücksichtigung Westdeutschlands“ sowie „Kritik der bürgerlichen Soziologie“ zu leisten⁶⁾; die Juristen haben das Herrschaftssystem zu „entlarven“, die Konvergenztheorie in der Staats- und Rechtswissenschaft zurückzuweisen und die Vorzüge des sozialistischen Rechts gegenüber dem kapitalistischen nachzuweisen⁷⁾; die Wirtschaftswissenschaftler haben neben der Aufgabe der Abwehr insbesondere die Aufgabe, Theorien und Taktiken für die Politik gegenüber westlichen Staaten mit zu entwickeln⁸⁾.

Wenn wir diese und weitere nicht ausdrücklich genannte Aufgaben der „BRD-Forschung“ versuchsweise systematisieren, so bieten sich als wichtigste Funktionen an: analytische, strategisch-taktische und intern-innovatorische.

1. Analyse

a) Der „BRD-Forschung“ liegt als allgemeines Bedürfnis zugrunde, den Gegner kennenzulernen und die Frage zu beantworten, wie und warum das Herrschafts- und Gesellschaftssystem funktioniert. Dabei sollen die von der Ideologie und der Politik vorgegebenen Bewertungskriterien inhaltlich ausgefüllt und präzisiert werden. Es geht darum, die Funk-

⁴⁾ Einheit, Heft 12/68, S. 1455 ff. (Hervorhebungen vom Verf.).

⁵⁾ Produktivkraft Wissenschaft, a. a. O., S. 198.

⁶⁾ Ebenda, S. 151.

⁷⁾ Ebenda, S. 199.

⁸⁾ Ebenda, S. 270.

tionsmechanismen und „die Strategie des Gegners ... rechtzeitig zu erkennen“⁹⁾, bestimmte Kategorien weiterzuentwickeln und sie den veränderten Verhältnissen anzupassen (z. B. Forschungen zum Begriff der Monopole, wo es „noch viele offene Fragen [gibt], die gründlicher theoretischer Erörterungen bedürfen“¹⁰⁾).

b) Die Bundesrepublik ist „für die marxistische Analyse ... ein klassisches Beispiel“¹¹⁾. Im Rahmen der intrasystemaren Arbeitsteilung im sozialistischen Lager kommt der DDR eine dominierende Rolle zu, da sie bei der Kapitalismus-Forschung eine besonders gute Ausgangssituation besitzt (Sprache, Reisemöglichkeiten, Kontaktinstitute, Modell-Charakter der Bundesrepublik, Studium der unterschiedlichen Systementwicklung in einem Land mit gemeinsamer Tradition usw.).

2. Strategie und Taktik

a) Abwehr „ideologischer Diversion“, insbesondere konvergenztheoretischer Einflüsse. Die wichtigsten westlichen Erkenntnisse, Methoden und Diskussionen werden in der Regel verkürzt referiert (Ersatz für Lektüre!) und in den aktuellen argumentatorischen Zusammenhang (Politik und Ideologie) gestellt. Dabei werden die Gegenargumente systematisch entwickelt und die DDR-eigenen Spezifika herausgearbeitet. Auf Gemeinsamkeit zielende Argumente aus der Bundesrepublik, etwa im Hinblick auf das Bildungssystem, werden abgewehrt; Kontakt und Lernprozeß werden gegenwärtig von ideologisch-politischen Gemeinsamkeiten abhängig gemacht. Gleichzeitig soll Erscheinungen des „Westdralls“ entgegengewirkt werden.

b) Verbreitung der eigenen Analysen und Ideen in der Bundesrepublik, entweder direkt oder über hiesige Institute und Verlage (gegenseitige Besuche, Nachdruck von Publikationen, gemeinsame Veranstaltungen usw.). Bei dieser Funktion geht es sowohl um langfristig angelegte als auch um aktuelle, sich jeweils auf die politische Situation beziehende „demokratische Alternativen“, also um Zielvorstellungen und um aktuell-taktische Argumentationen¹²⁾.

c) Die wichtigste politische Funktion der „BRD-Forschung“ besteht darin, der DDR-Führung po-

litische Entscheidungshilfe zu geben, ihr Varianten möglicher politischer Entscheidungen anzubieten und zu begründen. Analysen und Prognosen gesellschaftlicher und politischer Prozesse in der Bundesrepublik gehen ein in politische Entscheidungen. Das ist zum einen aufgrund des Verhältnisses von Politik und Wissenschaft in der DDR schlüssig zu folgern, zum anderen an einem Beispiel nachzuweisen: Ulbricht hatte auf der 12. ZK-Tagung zum Redneraustausch ausgeführt: „Der Initiative des ZK unserer Partei liegt eine wissenschaftliche Analyse der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zugrunde“ und: „Prof. Reinhold hat in seiner Broschüre ‚Die kapitalistischen Widersprüche und Kämpfe um die Mitbestimmung in Westdeutschland‘ die Polarisierung der Klassenkräfte in Westdeutschland nachgewiesen.“¹³⁾

Zur Entscheidungshilfe bzw. Vorstellung von Varianten gehört auch die Suche nach wissenschaftlichen und politischen Bündnispartnern in der Bundesrepublik sowie nach Konfliktstellen im Gefüge unserer Gesellschaft. Fragestellungen sind z. B.: „Wo muß man denn eigentlich einhaken, um die systemsprengenden Konflikte des Imperialismus aufzureißen?“¹⁴⁾; Aufstellung von Alternativprogrammen, um „die intellektuellen Kader zur Verfügung zu stellen, auf die einmal die legale kommunistische Partei zurückgreifen kann“¹⁵⁾. „Ein derartiges, die differenzierten politischen Entwicklungen berücksichtigendes Herangehen an die Geschichte der westdeutschen Arbeiterbewegung deckte das Vorhandensein von Potenzen für den antimonopolistischen und demokratischen Kampf in Teilen der westdeutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auf“¹⁶⁾; Verbindung von Erwartungen, daß sich die Justiz „eines Tages als das schwächste Kettenglied im System der staatsmonopolistischen Diktatur“ erweisen würde, mit Hoffnung auf bürgerliche „potentielle Verbündete der Arbeiterklasse“¹⁷⁾ usw.

Die SED-Führung stützt sich für ihre Politik gegenüber bzw. innerhalb der Bundesrepublik auf solche Analysen und langfristig bzw. kurzfristig angelegte „Alternativen“. Aufgabe der „BRD-Forschung“ ist es beispielsweise, den

⁹⁾ Neues Deutschland vom 30. 4. 1966.

¹⁰⁾ Dieter Klein, zit. nach Th. Ammer, a. a. O., S. 787

¹¹⁾ Siegfried Prokop, in: Sonntag, Nr. 28/69.

¹²⁾ Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderband 1970, S. 635.

¹³⁾ Roland Meister, Das Rechtsstaatproblem in der westdeutschen Gegenwart, Berlin 1966, S. 173 ff.

Unterschied von „reformistischen und revolutionären Reformen“ herauszuarbeiten¹⁸⁾ und die Voraussetzungen zu erforschen für den „Klassenkampf um systemsprengende Reformen, der bewußt jeden einzelnen Schritt, jede einzelne Reform dem Ziel der Schwächung und Untergrabung des Gesamtsystems unterordnet“¹⁹⁾. Auch wenn wir nur in Ausnahmefällen feststellen können, ob die politische Führung in der DDR die von der „BRD-Forschung“ erstellten Analysen ihrer Politik gegenüber der Bundesrepublik zugrunde legt und welche, so gilt es zu beachten, daß die Kenntnis aller Entscheidungsvarianten, auch der nicht berücksichtigten, für die Analysen der politischen Strategie und Taktik unabdingbar ist²⁰⁾.

d) Die „BRD-Forschung“ hat ferner wohl auch Material für Außenpolitik und Auslandspropaganda zu liefern, das entweder unmittelbar verbreitet oder propagandistisch aufbereitet und umgesetzt wird.

3. Interne Innovation

a) Das von der „BRD-Forschung“ beigebrachte Material vermag dem Lernprozeß der politischen Führung und einzelner Gruppen (Wissenschaftler, Manager usw.) zu dienen. Wir konstatieren eine Adaption und Rezeption insbesondere wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse und nehmen z. B. zur Kenntnis, daß die Auseinandersetzung etwa mit der sogenannten bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft „wertvolle Anregungen für die notwendig gewordene methodologische Diskussion unter den marxistischen Ökonomen“ zu liefern vermag²¹⁾. Wir kennen auch Warnungen vor der „einseitigen Abwertung und völligen Negerung“ z. B. der „bürgerlichen“ Theorie und Praxis der Warenzirkulation²²⁾. Es ist zu unterscheiden — wie es von Fall zu Fall in den Gesellschaftswissenschaften praktiziert wird — zwischen der Rezeption, die für relativ politikferne bzw. systemneutrale Erkenntnisse und Methoden gilt, und der Adaption, die

westliche Erkenntnisse und Methoden umsetzt und in einen neuen politisch-ideologischen Zusammenhang stellt.

b) Die SED-Führung hat, wenigstens zeitweilig, den Wissenschaften und damit der „BRD-Forschung“ die Funktion eines Mediums in der Systemkonkurrenz, eines Trägers von Kontakten und Kooperation zugewiesen. So bekannte z. B. D. Klein, einer der wichtigsten BRD-Forscher, 1966:

„Wer also in der Bundesrepublik wissenschaftliche Diskussion in der Futurologie sucht, dürfte in den Wissenschaftlern der DDR Partner produktiver Dispute sehen. Er sollte die Begegnung mit ihren Fragestellungen in der Diskussion suchen. Zumindest deshalb, weil *beide Seiten* dabei in der abgerundeten Formulierung ihrer Auffassungen *nur gewinnen können*. Jede echte Wissenschaftsdisziplin wird bemüht sein, in ihrer theoretischen und praktischen Arbeit alle praktische Erfahrung über ihren Gegenstand auszuschöpfen — kritisch und in der Bereitschaft zugleich, positive Anregungen zu übernehmen.“²³⁾

All diese Funktionen und Aufgaben bilden, den Intentionen nach, einen Komplex, der als solcher von den BRD-Forschern in der DDR auch berücksichtigt werden soll. In der konkreten Darstellung ergeben sich jedoch wechselnde Aspekte und Akzente, treten einzelne Funktionen gegenüber anderen in den Vordergrund, etwa wissenschaftliche, politische oder propagandistische. Gegenwärtig versteht sich die „BRD-Forschung“ als „Konfliktforschung im Sinne von Konfliktsuche mit dem Ziel der Konfliktverschärfung und -ausnutzung“ (Thomas Ammer). Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß bei einer etwaigen Überleitung des Systemkonflikts in Systemkonkurrenz und Kooperation — entsprechend einer politischen Großlage — den meisten der mit der Bundesrepublik befaßten Forschern die Überleitung der Ergebnisse, Darstellungsweisen und Argumente in die neue Situation nicht schwerfallen dürfte; wir kennen Beispiele für vergleichsweise schnelles Umschalten²⁴⁾.

¹⁸⁾ H. Hesselbarth, in: Einheit, Heft 4/70, S. 494.

¹⁹⁾ Dieter Klein, in: Forum, Sondernummer 1969.

²⁰⁾ Vgl. C. D. Kernig, in: Moderne Welt Nr. 2/1966, S. 117 ff., und in: PAC-Korrespondenz Nr. 15, S. 9 und 11.

²¹⁾ Vgl. Wirtschaftswissenschaft, Heft 5/68, S. 736 ff.

²²⁾ G. Fabiunke, in: Der Handel, Heft 4/70, S. 149.

²³⁾ Dieter Klein, Wohin? Fragen, Widersprüche, Wege. Gedanken über eine demokratische Zukunft der Bundesrepublik, herausgegeben vom Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen, Berlin 1966, S. 339. (Hervorhebungen vom Verf.).

²⁴⁾ Produktivkraft Wissenschaft, a. a. O., S. 132 f.

III. Thematische Schwerpunkte

Vorrangig untersucht werden, durch aktuelle politische Anlässe und Ziele jeweils akzentuiert:

1. Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und Modifikationen dieser Theorie (insbesondere: Verhältnis von Politik und Wirtschaft, Verhältnis von Reform und Revolution, Verhältnis von Strukturen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu solchen des Sozialismus, etwa Planungsmechanismen).

2. Entwicklungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich (insbesondere: Probleme der Schichtung, Stellung und Rolle der Intellektuellen, Lage der Arbeiter, Mitbestimmung,

wirtschaftliche Kapazität und Produktivität, Strukturpolitik, Wachstumsproblematik).

3. Entwicklungen im Herrschaftssystem (Regierung, Verwaltung, Gesetzgebung, Justizwesen usw.).

4. Gruppen und Organisationen (insbesondere: SPD, Gewerkschaften, Jugend, Studenten und Intellektuelle).

5. Außenpolitik der Bundesrepublik gegenüber West (vor allem EWG) und Ost, insbesondere Deutschland- und Osteuropapolitik; Militärpolitik.

6. Wissenschaften und Wissenschaftspolitik; Futurologie; Prognostik.

VI. Wichtigste Einrichtungen und Träger der „BRD-Forschung“

Es haben sich, mit dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED als zentraler Leiteinrichtung, einige Zentren der „BRD-Forschung“ in der DDR etabliert, deren Erfassung im einzelnen (Gliederung, Arbeitsgebiete, Personal, Publikationen) noch aussteht. Ein solches Vorhaben würde dadurch erleichtert werden, daß das Personal eine relativ eng umgrenzte Gruppe darstellt, die in der Forschung und mit Veröffentlichungen immer wieder hervortritt. Die folgende Aufstellung, die nur einen Teil der Informationen enthält, ist von vornherein unvollständig und lückenhaft; auch kann zwischen den einzelnen Institutionen vorerst noch keine abgesicherte Abschätzung in bezug auf Bedeutung, Größe, Publikationsfall usw. vorgenommen werden; Fehleinschätzungen ergeben sich zwangsläufig schon aufgrund des verfügbaren Materials.

Wenn wir berücksichtigen, daß die „BRD-Forschung“ in den verschiedenen Disziplinen, Institutionen und von einzelnen Personen unterschiedlich intensiv betrieben wird, und wenn wir, mit einem quantitativen Kriterium, unterscheiden können zwischen a) gelegentlichen Pflichtübungen, b) permanenter, aber neben dem Spezialgebiet herlaufender Beschäftigung und schließlich c) hauptsächlich bzw. ausschließlicher Beschäftigung mit der Bundesrepublik, so können wir die Institutionen und das leitende Personal wie folgt rubrizieren

(Aspekt ist die hauptsächliche bzw. ausschließliche Forschung über die Bundesrepublik bzw. einzelne Teilsysteme):

1. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (IfG)

(Dir.: Prof. Otto Reinhold; Stellv.: Prof. Werner Kalweit).

Mit dem *Lehrstuhl Imperialismus-Forschung* (Prof. Horst Hemberger, stellvertretender Leiter: Prof. Werner Paff, ferner Prof. Heinz Petrak) und dem *Wissenschaftlichen Rat für Imperialismus-Forschung* (Vorsitzender: Prof. Hemberger; Mitglieder: Prof. Dieter Klein, Humboldt-Universität; Prof. Hannelore Riedel, Lehrstuhl für Politische Ökonomie des Kapitalismus, Universität Halle; Dr. Karl-Heinz Schwank; mit größter Wahrscheinlichkeit auch Reinhold und Lutz Maier) sind im IfG sowohl das Leitinstitut als auch das Koordinationsorgan für die „BRD-Forschung“ angesiedelt.

Weitere für „BRD-Forschung“ wichtige Institute im IfG: der *Lehrstuhl für Geschichte und Theorie der Literatur und Kunst* (Prof. Horst Kessler), der *Lehrstuhl Geschichte der Arbeiterbewegung* (Prof. Walter Schmidt); hier sind vor allem Prof. Gerhard Lozek (stellv. Lehrstuhlleiter), Dr. Alfred Loesdau, Dr. Helmut Meier (Leiter der Forschungsgruppe Geschichtsbewußtsein) mit „BRD-Forschung“ be-

faßt; ferner der *Lehrstuhl Internationale Arbeiterbewegung* (Dr. Harald Neubert), der *Lehrstuhl Politische Ökonomie* (Prof. Gerhard Schulz, Prof. Karl-Heinz-Schwank), *Lehrstuhl Soziologie* (Prof. Erich Hahn) und der *Lehrstuhl Philosophie* (Prof. Günther Hoppe, Dr. Wolfram Neubert).

2. Deutsches Wirtschaftsinstitut, Berlin

Das DWI ist seit 1949 eine von denjenigen Institutionen, deren Forschungstätigkeit nahezu ausschließlich auf westliche Staaten, insbesondere die Bundesrepublik gerichtet sein dürfte. Im DWI werden nicht nur wirtschaftliche und soziale, sondern auch und vor allem Entwicklungen im Herrschaftssystem kapitalistischer Staaten allgemein erforscht. Repräsentativ dafür sind das 1969 erschienene Buch „Spätkapitalismus ohne Perspektive. Tendenzen und Widersprüche des westdeutschen Imperialismus am Ende der 60er Jahre“ sowie die DWI-Forschungshefte. Leiter des DWI: Prof. Lütz Maier (Mitautor von „Imperialismus heute“); Stellvertreter: Prof. Alfred Lemnitz; weitere Mitarbeiter: Dr. M. Weckwerth, Prof. P. Hess, Dr. C. Schirmeister, Dr. G. Maurischat, Dr. habil. H. Kolbe, Dr. habil. K.-H. Röder, Dr. H. Tammer u. a. Viele kommen aus dem IfG (Maier, Kolbe, Tammer u. a.).

3. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin

Im *Zentralinstitut für Geschichte* der DAW (Direktor: Prof. Horst Bartel) ist insbesondere der stellv. Dir., Prof. Heinz Heitzer, mit Untersuchung der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung (im weiteren Sinne) befaßt. Die wichtigsten BRD-Forscher im *Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften*: Prof. Fred Oelßner, Prof. Herbert Meißner (Leiter der Abt. Geschichte der Politischen Ökonomie), Prof. Karl-Heinz Domdey. Bei der *Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Institut für Agrargeschichte*, besteht eine Forschungsgemeinschaft „Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Landwirtschaft“ (Dr. S. Graffunder, Dr. A. Siebert).

4. Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“

Die DASR ist nicht nur als Forschungs-, sondern auch als Ausbildungsstätte für „BRD-Forschung“ von Interesse; viele in anderen Instituten arbeitende BRD-Forscher haben dort

promoviert oder sich habilitiert (z. B. Bertsch, Kolbe, Röder). Die wichtigsten Institute: *Institut für Internationale Beziehungen* (Prof. Roland Meister, Prof. Herbert Kröger, Prof. Wilhelm Ersil), *Institut für ausländisches Recht und Rechtsvergleich* (Prof. Seiffert), *Lehrstuhl für Entwicklung des kapitalistischen Staates und seines Rechts in Westdeutschland* (Prof. Arno Winkler).

5. Deutsches Institut für Zeitgeschichte

Das DIZ, geleitet von Prof. Stefan Doernberg, ist auf die Nachkriegsgeschichte der DDR und der Bundesrepublik sowie auf internationale Politik im Zusammenhang mit dem Deutschlandproblem spezialisiert; es dokumentiert, archiviert und ediert. Das Hauptinteresse, offensichtlich in Abstimmung mit der Jenaer Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ (Prof. Dieter Fricke), gilt wohl der Parteien-Entwicklung in der Bundesrepublik (Handbuch der westdeutschen Parteien, Publikationen über FDP und CDU/CSU). Stellvertreter des Direktors: Hans-Heinrich Angermüller; Leiter der Abteilung westdeutsche Fragen: Dr. Harald Lange. Prominentester Autor neben Prof. Doernberg ist Prof. Dr. Herbert Bertsch (Habilitation an der DASR), stellvertr. Leiter des Presseamtes beim Ministerratsvorsitzenden.

6. Universitäten bzw. Universitätsinstitute

Neben Gemeinschaftsarbeiten, angefertigt von Angehörigen mehrerer Universitäten (z. B. Imperialismus und Weltanschauung, 1966) und neben zahlreichen Instituten, Forschungsgemeinschaften, Studentenkollektiven etc. an den Universitäten und Hochschulen sind zu nennen: das *Institut für Pressegeschichte der Karl-Marx-Universität* (Prof. Franz Knipping) zu Fragen der Presse und der Massenmedien in der Bundesrepublik; die *Sektion Staats- und Rechtswissenschaften der Humboldt-Universität*, Berlin; die *Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität* (Prof. Dieter Klein, Direktor des Instituts für Politische Ökonomie des Kapitalismus und einer der profiliertesten BRD-Forscher); die *Forschungsgemeinschaft „Probleme der Entwicklung der westdeutschen Arbeiterklasse als selbständig handelnde Kraft“* der Sektion Marxismus-Leninismus der Humboldt-Universität (Erwin Sallmon), das *Institut für internationale und westdeutsche Fragen der Karl-Marx-Universität* (Prof. Wolfgang Menzel, Prof. Ekkehard Lieberam); von Bedeutung ist ferner der *Lehr-*

stuhl für Politische Ökonomie des Kapitalismus der TU Dresden, Fakultät für Ingenieurökonomie (Prof. G. Speer, Herausgeber von „Wissenschaft im Klassenkampf. Naturwissenschaftlich-technische Forschung im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem Westdeutschlands“, 1968).

7. Sonstige

Zu Institutionen, die sich im engeren oder weiteren Sinne mit BRD-Forschung befassen, gehören ferner u. a.:

— Sektion „Staats- und Rechtsentwicklung im imperialistischen Herrschaftssystem Westdeutschlands“ des Beirats für Staats- und Rechtswissenschaften beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen,

— FDGB-Hochschule (DGB-Spezialistin und stellvertretende Leiterin: Prof. Johanna Töpfer),

— Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut, seit dem September 1970 Akademie der pädagogischen Wissenschaften; hier Abteilung Westdeutsche Pädagogik (Horst Becker, Ruth Sareik). Ferner Pädagogische Hochschulen (z. B. Güstrow, Leipzig),

— Hochschule für Ökonomie, Berlin,

— Parteihochschule, Lehrstuhl Geschichte der Arbeiterbewegung (Prof. Werner Horn, Stellv. Prof. Heinz Wohlgemuth),

— Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Prof. Gerhard Roßmann, Leiter der Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1945 bis zur Gegenwart; Stellvertreter: Prof. Günter Benser; der Direktor des IML, Prof. Günter Heyden, ist ebenfalls BRD-Forscher),

— Deutsches Institut für Militärgeschichte, (DIM), Potsdam.

8. Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt a./M.

Das IMSF²⁵⁾ untersucht hauptsächlich die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter und Angestellten in der BRD, die Gewerkschaftsbewegung in der BRD, aktuelle Probleme der marxistischen Theorie und der kommunistischen Weltbewegung. Hauptaufgabe: Beitrag zur „Ausarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen für eine progressive, antimonopolistische Alternative“. Wichtigste Veröffentlichungen: Beiträge des IMSF, Handbuch für Arbeiter und Angestellte zur betrieblichen und gesellschaftlichen Praxis, Marxistische Taschenbücher (unterteilt in Sozialistische Klassiker und in Marxismus aktuell), Informationsberichte, Marxismus-Digest. Leiter: Prof. Dr. J. Schleifstein; Stellvertreter: Dr. Heinz Jung (1967 an der Humboldt-Universität mit dem Thema „Der Klassenkampf im Produktionsbereich der kapitalistischen Industrie“ promoviert); Mitarbeiter u. a.: Dr. Werner Petschik (Promotion Humboldt-Universität), J. H. von Heiseler, K. Steinhaus, D. Schmidt, T. Müller, H. Schäfer, Jutta von Steinberg. Das IMSF publiziert eigene und Forschungsergebnisse aus der DDR und veranstaltet Tagungen z. B. über „Die ‚Frankfurter Schule‘ im Lichte des Marxismus“. Es wird möglicherweise die Funktion der Datensammlung und Datenaufbereitung für die in der DDR betriebene „BRD-Forschung“ übernehmen. Als Kontakt-Verlage für die „BRD-Forschung“ in der DDR bzw. für das IMSF kommen vor allem in Frage: Verlag Marxistische Blätter, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, facit-Verlag, Köln.

V. Einige Probleme der „BRD-Forschung“ und ihrer Analyse

Eine Analyse der einzelnen, für die Fachdisziplinen wie für Gesamturteile wichtigen und repräsentativen Schriften zur „BRD-Forschung“ (Inhalte; Methoden; Argumente; verwendete Quellen; Reichweite und Treffsicherheit der Analysen, Prognosen und „Alternativen“ usw.) steht noch aus. Nichtsdestoweniger ergibt schon ein Überblick, daß bei der Beurteilung der Bundesrepublik, sowohl der Politik und Gesellschaft als auch der Wissenschaften, politische Bewertungskriterien, kombiniert mit

wissenschaftlichen Methoden der Analyse und Darstellung, dominieren. Durch bestimmte, der Theorie und dem Klassenkampf verpflichtete Kategorien erhalten die meisten Darstellungen — die wohl auch in erster Linie für die Öffentlichkeit (sowohl in der Bundesrepublik wie in der DDR) bestimmt sind — ein durchgängiges Bewertungsschema, so daß bereits

²⁵⁾ Vgl. Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 8/70, S. 1052 ff.

Modifikationen im Urteil besonders auffallen. Wir wissen allerdings nicht, wie groß der Unterschied zwischen den Informationen, dem Urteil und der veröffentlichten Darstellung ist; es entsteht der — allerdings nicht beweisbare — Eindruck, daß die wissenschaftlichen Ergebnisse und Erkenntnisse oft im Prozeß der Darstellung politisiert werden.

Auffällig ist, daß die BRD-Forscher in der DDR bei der Beurteilung ihres Gegenstandes die eigenen Organisationsvorstellungen, die eigenen Kenntnisse und Erfahrungen des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik auf den Gegenstand übertragen. Darunter leidet die Differenzierungsfähigkeit; sie tritt zurück etwa hinter das Bedürfnis, ideologisch „handliche“ Gruppen zu rubrizieren oder Erscheinungen jeder Art auf Grundstrukturen des kapitalistischen Systems zurückzuführen. Die nicht ausreichende Differenzierungsfähigkeit betrifft auch die „demokratischen Alternativen“, die meist viel zu hoch gegriffen bzw. viel zu hoch angesiedelt sind (gesellschaftliche Umwälzung, Orientierung am Beispiel DDR, Bündnis mit KPD/DKP) und dem Gegenstand zumeist nicht gerecht werden. Möglicherweise steht dahinter die Abneigung gegenüber Vorschlägen, die das kapitalistische System perfektionieren könnten; deshalb werden in der Regel keine systemkonformen, sondern alternative Ratschläge erteilt.

Andererseits haben wir in der Bundesrepublik noch keine exakten Bewertungskriterien entwickeln können, um die „BRD-Forschung“ in der DDR methodisch, sachlich und politisch analysieren zu können. Wir kennen in Umrissen die Bewertungs- und Darstellungskriterien, die von den Kollegen „drüben“ zu realisieren sind; wir sind aber nur in wenigen Fällen und Bereichen in der Lage, die von ihnen abgegebenen Urteile für uns detailliert zu verifizieren oder zu falsifizieren und die Güte des benutzten Materials zu beurteilen. Will man über das Stadium des Sammelns, des Lesens und der bloßen Kenntnisnahme der „BRD-Forschung“ hinauskommen, so ist die Entwicklung eigener Bewertungskriterien unabdingbar. Hier ist das Gespür für die Forscherpsychologie im Wissenschafts- und politischen Milieu der DDR ebenso wichtig wie die Kenntnis der wechselnden politischen Argumentationen und Takti-

ken. Dazu einige ungeordnete Fragen: Was wird geschrieben, um den „Gegner“, das Forschungsobjekt, „aufzubauen“ und dabei das eigene Forschungsgebiet zu legitimieren; wo sind gezielte Desinformationen; was ist tatsächlich repräsentativ für den Erkenntnisstand der „BRD-Forschung“; wo sind die Adressaten der Publikationen im einzelnen zu sehen; wie sieht die internationale Arbeitsteilung (DDR, Polen, Sowjetunion) bei der Imperialismus-Forschung aus; welchen Motiven bzw. Funktionen fühlt sich die jeweilige Darstellung primär verpflichtet; wie brauchbar ist die „BRD-Forschung“ als bzw. für eine vergleichende Deutschland-Forschung; wie ergiebig sind solche Publikationen möglicherweise für den Erkenntnis- und Entscheidungsprozeß der politischen Führung; wie werden die Ergebnisse in Politik, Agit.-Prop., Publizistik, Pädagogik usf. umgesetzt; wie ergiebig sind die Publikationen etwa für das repräsentative Bild, das die politische Führung über unser System gewinnt?

Solche und ähnliche Fragen müßten, zusammen mit den Bewertungskriterien und den Sammelprinzipien, systematisiert werden, um gesicherte Analysen über die Analysen zu ermöglichen. Die Ausweitung auf die „BRD-Forschung“ im Bereich der Naturwissenschaften und der Technik ist unerläßlich. Auch die Kolloquien, Konferenzen usw. in der DDR, im DDR- und im internationalen Rahmen, sind wesentlich stärker als bisher heranzuziehen, um Materialien über Quantität, Qualität, Methoden und Zielrichtungen der „BRD-Forschung“ in der DDR zu gewinnen.

Ein besonderes Desiderat für uns ist schließlich das interne Wechselverhältnis von „BRD-Forschung“ und Forschung über das eigene System in der DDR. Zu dieser Frage hat sich Prof. Jürgen Kuczynski, der wohl prominenteste Kapitalismus-Forscher in der DDR, drastisch geäußert: „Konflikte hin und Konflikte her, was nützen uns die tiefsten Konflikte in Westdeutschland, wenn Partei und Regierung uns immer wieder mahnen müssen, endlich an das Weltniveau, das Westdeutschland bereits im allgemeinen hat, heranzukommen!“²⁶⁾

²⁶⁾ Junge Welt vom 21. 11. 1968.

Das Prinzip des demokratischen Zentralismus

I. Enzyklopädisches Stichwort

Es ist ohne weiteres einsichtig, daß die verschiedenen politischen Systeme eine eigene Terminologie entwickeln. Verständlicherweise führt diese Entwicklung zu einer Anzahl von Worten und politischen Begriffen, die zwar gleich lauten, aber doch tiefgreifende Bedeutungsunterschiede aufweisen. Das Wort selbst wird somit zum politischen Instrument, zum Schlagwort, das eine bestimmte politische Grundrichtung umreißen, erklären und präzisieren soll.

Es ist nicht Aufgabe dieser Studie, eine Wertung darüber abzugeben, ob die „westliche“ oder die kommunistische Interpretation und Begriffsdefinition eines politischen Schlagwortes richtig oder allein maßgebend ist. Vielmehr soll diese Auseinanderentwicklung von Bedeutungsinhalten nur aufgezeigt werden, um darzulegen, wie man sich bei der Betrachtung eines solchen Schlagwortes von einer eigenen, subjektiven Spracherfahrung lösen muß, um den Begriff in seiner ganzen Bedeutung möglichst objektiv erfassen zu können.

So bedeutet „Demokratie“ in dem herkömmlichen „westlichen“ Sinne „Volksherrschaft, eine Lebens- und Staatsgemeinschaft, die von der Gleichheit und Freiheit aller Bürger ausgeht und daraus die Forderung ableitet, daß nach dem Willen des Volkes regiert werde“¹⁾. Diese Interpretation der „Demokratie“ würde auch für die kommunistische Ideologie akzeptabel sein, wenn in der Definition nicht der Begriff „Freiheit“ enthalten wäre, der mit seinem ideellen wie politischen Gehalt bestimmend ist für die unterschiedliche Auffassung von der Demokratie²⁾.

Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff „Zentralismus“, der dem herkömmlichen Sinn nach

bedeutet: „Gestaltung des Gesellschafts- oder Staatskörpers, die jede soziale und politische Willensbildung beim Ganzen konzentriert und die Eigenständigkeit der Teile auslöscht.“³⁾

Diese Interpretation offenbart den Bedeutungsunterschied zwischen der „kapitalistischen“ und der kommunistischen Ideologie. Während nämlich nach „westlicher“ Auffassung der negative Aspekt des Zentralismus, die Beschränkung des einzelnen in seiner Selbständigkeit, durchaus als impliziter Bestandteil des Zentralismus angesehen wird, muß dies nach der kommunistischen Ideologie nicht unbedingt damit verbunden sein.

Es gilt also, auch bei der Analyse des Prinzips „demokratischer Zentralismus“ zu beachten, daß es sich hier um einen ideologisch begründeten und propagierten Terminus handelt, der leicht zu Doppeldeutungen führen kann, wenn man ihn nicht zunächst wertfrei betrachtet. Es geht darum, den Begriff in seiner Funktion innerhalb der Ideologie zu sehen, ihn in das Selbstverständnis dieser Ideologie einzuordnen und ihn nicht mit „westlichen“ Bedeutungen anzureichern. Andererseits ist es wichtig zu wissen, daß die „Parteisprache“ durchaus auch auf überkommene Inhalte zurückgreift, diese aber im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung durch weiterreichende Bedeutungsinhalte überdeckt.

Aus dieser Erkenntnis heraus wird zunächst die Entwicklungsgeschichte des Begriffes „demokratischer Zentralismus“ zurückverfolgt, um das Wesen dieses wichtigen Grundprinzips der sozialistischen Staaten aufzuzeigen. Im zweiten Teil der Darstellung wird dann seine Anwendung in der DDR untersucht. Es handelt sich hierbei zunächst um eine rein formale, dann um eine funktionale Deutung des Prinzips des demokratischen Zentralismus. Dabei wurde als wesentliches Kriterium die Tatsache berücksichtigt, daß man diese Begriffe nur verstehen kann, wenn man sie mit anderen funda-

³⁾ Der neue Brockhaus, a. a. O., Bd. 5, S. 597.

¹⁾ Der neue Brockhaus, Bd. 1, Berlin, Wiesbaden 1965², S. 520.

²⁾ In der kommunistischen Ideologie liegt der Schwerpunkt mehr auf „Freiheit zu“ als auf „Freiheit von“. Dieses Problem sei hier nur skizziert, um die Fragestellung näher zu erläutern. Vgl. dazu: Klaus Westen, Demokratie und Freiheit, in: moderne welt, 6 (1965), Heft 1, S. 5—30.

mentalen Lehrsätzen des Marxismus-Leninismus verbindet. Diese Betrachtungsweise schließt von vornherein eine Erklärung des demokratischen Zentralismus aus, wie sie beispielsweise in dem Taschenbuch „A bis Z“ formuliert worden ist: „Der demokratische Zentralismus ist der untaugliche Versuch, die Herrschaft einer Minderheit oder sogar eines einzelnen demokratisch zu verbrämen.“⁴⁾

Gewiß steht außer Frage, daß man in seiner Grundhaltung der kommunistischen Ideologie und dem mit ihr verbundenen System negativ gegenüberstehen kann. Doch wenn eine solche Betrachtungsweise zu einer undifferenzierten Definition eines Funktionsbegriffes führt, so ist sie abzulehnen, da sie nicht genügend zur Erkenntnis des Systems beiträgt. Aus diesem Grund wurde hier weitgehend darauf verzichtet, eine Analyse des Prinzips des demokratischen Zentralismus in der Polarität zum kapitalistischen System oder zur praktischen Ausübung in der DDR zu geben.

Das bedeutete gleichzeitig einen Verzicht auf ideologiekritische Stellungnahmen und die Verlagerung des Schwerpunktes auf die Begründung des demokratischen Zentralismus

in der *Selbstdarstellung der SED*. Der Verfasser bezieht also nicht in programmatischer Weise Stellung im Sinne einer Ablehnung oder Befürwortung des Prinzips des demokratischen Zentralismus; der Gegenstand der Untersuchung interessiert vielmehr hauptsächlich im Hinblick auf die offizielle Auslegung des Prinzips durch die Ideologen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Mit dieser Darstellungsweise soll jedoch nicht eine kritische Betrachtungsweise ausgeschlossen werden, sondern im Gegenteil durch die „objektive“ Darstellung eines ideologischen Begriffes die Grundlage für eine sachlich fundierte Diskussion geschaffen und dem politisch Interessierten Material für eine rationale Analyse der Differenz zwischen theoretischer Aussage und praktischem Vollzug im kommunistischen Gesellschaftssystem in die Hand gegeben werden. Nach Meinung des Verfassers ist es nur mit Hilfe dieses Verfahrens möglich, die grundsätzlichen Problemzusammenhänge zu erkennen. So dient die vorliegende Arbeit primär dem Zweck der Information und nicht so sehr einer kritischen Analyse.

II. Die ideologische Grundlage

1. Die Entwicklung des Begriffs „demokratischer Zentralismus“

Der Begriff „demokratischer Zentralismus“ erschien zuerst in einer Erklärung, die anlässlich der Konferenz der bolschewistischen Linken zu Tammfors im Dezember 1905 veröffentlicht wurde⁵⁾. Im Rahmen dieser Resolution wurde festgestellt, daß das Prinzip des demokratischen Zentralismus die unbestreitbare Basis der kommunistischen Organisation sei.

Von Lenin wurde der Begriff zuerst in seiner Arbeit „Staat und Revolution“⁶⁾ angewandt. Doch ist nicht eindeutig zu erkennen, welche Vorstellungen er damit verbindet, wenn es

heißt: „...wenn aber das Proletariat und die arme Bauernschaft die Staatsgewalt in ihre Hände nehmen, sich vollkommen frei in Kommunen organisieren und das Wirken aller Kommunen vereinigen ... wird das etwa kein Zentralismus sein? Wird das nicht der konsequenteste demokratische Zentralismus sein? Und dazu proletarischer Zentralismus?“⁷⁾

Dieser Formulierung ist eigentlich nichts anderes zu entnehmen, als daß Lenin den demokratischen Zentralismus für gegeben hält, wenn sich die Kommunen zu einem Staat zusammenschließen. Über das Wesen oder das Wirkungsprinzip des demokratischen Zentralismus läßt sich an dieser Stelle noch nichts ablesen. Erst im Zusammenhang mit anderen Äußerungen über die Organisation der kommunistischen Partei lassen sich bestimmte Wesensmerkmale feststellen⁸⁾.

Es wird aber schon in diesem Zitat deutlich, daß die Prinzipien des demokratischen Zentra-

⁴⁾ A bis Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschlands, 11. überarb. und erw. Aufl., Bonn 1969, S. 140.

⁵⁾ Wolfgang Leonhard, Sowjetideologie heute, Bd. 2, Frankfurt 1962, S. 31.

⁶⁾ W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. II, Berlin 1963³, S. 315—420. Der Aufsatz stammt aus dem Jahre 1917. Zitate von Lenin im folgenden zit. als LAW.

⁷⁾ LAW Bd. II S. 362.

⁸⁾ Vgl. dazu den folgenden Abschnitt.

lismus ihren Ursprung im revolutionären Kampf um die Erhebung der Arbeiterschaft haben. Lenin war der Meinung, daß die Arbeiterschaft nicht aus sich selbst heraus in der Lage sein werde, die politische Macht zu erringen. Deshalb hielt er die zentrale Leitung der Arbeiter und Bauern für ein unabdingbares Erfordernis zur Durchführung einer siegreichen Revolution. Um die Wechselbeziehung zwischen Führern und Geführten zu erfassen, betonte er die unlösbare Beziehung zwischen Demokratie und Zentralismus, die sich seiner Auffassung nach durch folgende Merkmale kennzeichnen ließ:

1. Strenge Disziplin, die es ermöglicht, daß die von der Führung gestellten Aufgaben durch die Organisation erfüllt werden können.
2. Vertrauen der Parteimitglieder durch Wahl der Führungsorgane durch die Parteimitglieder.
3. Herstellung von Verbindungen mit der Masse der Arbeiter und Einbeziehung der realen Erfahrungen der schaffenden Werktätigen in die Führungsarbeit.
4. Bewußtseinsbildung als Erziehungsauftrag der Partei, um eine einheitliche Front zur Errichtung der neuen sozialistischen Ordnung zu erreichen⁹⁾.

Hauptelement des demokratischen Zentralismus ist also die historische Rolle der Volksmassen, seine Basis die schöpferische und bewußte Initiative und Mitarbeit der Werktätigen; deshalb kann und darf der demokratische Zentralismus nicht isoliert betrachtet werden. Er ist eng verbunden mit der Lehre der Entwicklung vom Klassenkampf zur Diktatur des Proletariats. Diese Herausbildung zur selbstbewußten Klasse ist nach der kommunistischen Ideologie nur unter der Führung der Partei und auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus möglich: „Wie anders sollten die Produktionsmittel in den Händen der Arbeiterklasse zentralisiert und die Produktivkräfte rasch vermehrt werden? Das kann nur durch eine planmäßige, die gesamtgesellschaftlichen Interessen durchsetzende, zentralisierte Leitung, die von der örtlichen Initiative ausgeht und diese bewußt organisiert, erreicht werden.“¹⁰⁾

⁹⁾ Die Thesen sind im wesentlichen zusammengefaßt aus dem Aufsatz „Was tun?“. Hier besonders das Kapitel IV: „Die Handwerklerei der Ökonomen und die Organisation der Revolutionäre“, in: LAW Bd. I, S. 229—279.

¹⁰⁾ Rudi Rost, Der demokratische Zentralismus unseres Staates, (Ost-)Berlin 1962², S. 98.

In der Theorie ist es demnach ein wesentliches Kriterium des demokratischen Zentralismus, den Individualismus zu überwinden. Er impliziert also die wachsende Teilnahme der Volksmassen an der gesellschaftlichen und staatlichen Leitung unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Organisation, der kommunistischen Partei. Dieser enge Zusammenhang zwischen Zentralismus und Demokratie wurde von Lenin besonders betont: „Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun.“¹¹⁾

Der demokratische Zentralismus ist demnach eine objektive Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung zum Kommunismus in bezug auf die revolutionäre Partei selbst und die Durchsetzung ihrer führenden Rolle in der gesellschaftlichen Entwicklung. Nur durch seine konsequente Verwirklichung ist die kommunistische Partei in der Lage, „die Arbeiterklasse für die Eroberung der politischen Macht vorzubereiten, die politische Macht zu erobern und sie zu behaupten“¹²⁾. Hieraus ist klar ersichtlich, daß der demokratische Zentralismus nicht nur für Organisations- und Strukturprobleme von Bedeutung ist, sondern in erster Linie darauf ausgerichtet ist, die Schaffung einer einheitlichen und revolutionären Bewegung unter einer konsequenten Führung zu ermöglichen.

2. Die Bedeutung für die Parteiorganisation

Das Prinzip des demokratischen Zentralismus wurde zum erstenmal auf dem VI. Parteikongreß im Jahre 1917 als für die KPdSU verbindlich in die Parteistatuten aufgenommen¹³⁾. Das gleiche Prinzip wurde 1920 von der Komintern auf ihrem zweiten Kongreß übernommen und gleichzeitig für alle kommunistischen Parteien als Voraussetzung für ihre Aufnahme und Zugehörigkeit zur kommunistischen Internationale erklärt. Artikel 12 der von diesem Kongreß gebilligten „Einundzwanzig Bedingungen für die Zulassung“ legte fest, daß die „der kommunistischen Internationale angehörenden Parteien auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen

¹¹⁾ LAW Bd. II, S. 534.

¹²⁾ Rudi Rost, a. a. O., S. 23.

¹³⁾ Wolfgang Leonhard, a. a. O., S. 39. — In der Folgezeit wurde das Prinzip von allen kommunistischen Parteien zur Grundlage für die Struktur und die Entwicklung der Partei erklärt.

Zentralismus aufgebaut werden müssen“¹⁴⁾. Dabei lag der Akzent auf dem zweiten Teil dieses Begriffes. Es hieß nämlich in dem Artikel 12 weiter, daß „in der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges die kommunistische Partei nur dann imstande sein wird, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert ist...“¹⁵⁾. Es ist nur zu natürlich, daß die Partei unter den politischen Bedingungen, unter denen sie zu arbeiten hatte, den Zentralismus mehr begünstigte als die demokratische Verfahrensweise. Verstärkt wurde diese Entwicklung nach der Revolution noch durch die veränderte Situation, die unweigerlich die Struktur und die Arbeitsweise der Partei beeinflusste: Sie wandelte sich von einer revolutionären Organisation zum Umsturz der bestehenden Ordnung in den Kern der Regierungsmaschine.

Lenin sah sich daher vor die Aufgabe gestellt, dieser Partei ein noch stärkeres Profil zu verleihen, das sie befähigte, den gestellten Aufgaben nachzukommen. Seiner Meinung nach mußte sich die politische Partei der Arbeiterklasse von allen anderen Parteien unterscheiden, da sich auch die Arbeiterklasse selbst prinzipiell von allen anderen Klassen unterscheidet. Hieraus ergab sich die Forderung nach einer konkreten Zielsetzung und einem vielschichtigen Organisationsaufbau¹⁶⁾.

Während Marx und Engels die Notwendigkeit einer eigenen Partei noch nicht gesehen und nur von einer Organisation der gesamten Arbeiterschaft gesprochen hatten¹⁷⁾, sah Lenin die Hauptkraft der kommunistischen Bewegung in einer elitären Partei: „Und nun behaupte ich: 1. Keine einzige revolutionäre Bewegung kann ohne eine stabile und die Kontinuität währende Führerorganisation Bestand haben; 2. je breiter die Masse ist ..., um so dringender ist die Notwendigkeit einer solchen Organisation und um so fester muß diese Organisation sein; 3. eine solche Organisation muß hauptsächlich aus Leuten bestehen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen...“¹⁸⁾. Diese Vorstellung von einer Elite-Partei implizierte bei Lenin noch nicht die „zwangsläufige“ Annahme, daß die Partei

in ihren Entscheidungen unfehlbar sei. Dennoch begründete er durch seine pragmatische Einstellung die führende Rolle der Partei in der Arbeiterbewegung, formulierte ihre Organisationsprinzipien, die Normen des innerparteilichen Lebens sowie die prinzipiellen Grundlagen für die Politik und die Taktik der Partei. Lenin verstand die Partei als Vortrupp der Arbeiterklasse: „Durch die Erziehung der Arbeiterpartei erzieht der Marxismus die Avantgarde des Proletariats, die fähig ist, die Macht zu ergreifen und das ganze Volk zum Sozialismus zu führen, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren, Lehrer, Leiter, Führer aller Werktätigen und Ausgebeuteten zu sein...“¹⁹⁾.

Diese hervorragende Stellung der kommunistischen Partei innerhalb der Arbeiterbewegung bedingt eine besondere Organisationsform, für die Lenin den Begriff „demokratischer Zentralismus“ prägte. Als ideologische Grundlage für dieses Prinzip dient den kommunistischen Parteien heute der Hinweis Lenins, „daß unbedingte Zentralisation und strengste Disziplin des Proletariats eine der Hauptbedingungen für den Sieg über die Bourgeoisie sind“²⁰⁾. Nach dem theoretischen Konzept vermag also nur die zentralisierte Leitung alle Kräfte zum Sieg zu vereinen. Im Gegensatz zum bürokratischen Zentralismus gehört aber zur Anwendung des Prinzips unbedingt die demokratische Komponente, durch die eine gemeinsame Beschlußfassung und der Einbezug der Parteimitglieder in die Fragen des revolutionären Kampfes garantiert wird. „Demokratischer Zentralismus“ bedeutet demnach in der Praxis:

1. Wählbarkeit aller leitenden Organe der Partei von unten bis zur Spitze,
2. periodische Rechenschaftslegung der Parteiorgane an ihre Parteiorganisationen,
3. strenge Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit,
4. unbedingte Verbindlichkeit der Entscheidungen der höheren Organe für die niederen²¹⁾.

Somit hatte das Prinzip wesentlich an Ausdruckskraft gewonnen. Der zunächst nur als Schlagwort und als Antithese zum bürgerlich-bürokratischen Zentralismus verwandte Be-

¹⁴⁾ Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920—1940, hrsg. von Theo Pirker, München 1964, S. 27.

¹⁵⁾ Utopie und Mythos, a. a. O., S. 27.

¹⁶⁾ Wolfgang Leonhard, a. a. O., S. 33 ff.

¹⁷⁾ Karl Marx und Friedrich Engels, Manifest der kommunistischen Partei, Leipzig o. J., S. 42.

¹⁸⁾ LAW Bd. I, S. 252.

¹⁹⁾ LAW Bd. II, S. 338.

²⁰⁾ LAW Bd. III, S. 396.

²¹⁾ Grundlagen des Marxismus-Leninismus (im folgenden zit. als GML), Berlin 1960, S. 391.

griff war durch die Einbeziehung in die Parteiverfassung zu einem Struktur- und Entwicklungsprinzip²²⁾ ausgeformt worden. Nach der siegreichen Revolution erwies es sich als Notwendigkeit, einen Staats- und Verwaltungsapparat zu schaffen. Um eine scharfe Abgrenzung gegenüber dem alten Regierungssystem zu erreichen, wurden die Prinzipien des Aufbaus und der Arbeit der Partei offiziell auch zu Grundsätzen des Staatsaufbaus erklärt, das Prinzip des demokratischen Zentralismus auf den Staatsapparat übertragen.

3. Die Übertragung auf den Staatsapparat

Diese Übertragung wird im allgemeinen notwendig und erfolgt in dem Augenblick, wenn die kommunistische Partei die Suprematie erlangt hat, das heißt, im Besitz der Staatsmacht ist. In dem schon erwähnten Aufsatz „Staat und Revolution“ betonte Lenin, daß eine staatliche Autorität auch unter der Führung der kommunistischen Partei notwendig ist. Er forderte, daß das Prinzip des demokratischen Zentralismus auch auf der Staatsebene angewandt werden sollte, denn „das Proletariat braucht die Staatsmacht, eine zentralistische Organisation der Macht, eine Organisation der Gewalt sowohl zur Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter als auch zur Leitung der ungeheuren Masse der Bevölkerung...“²³⁾.

Entsprechend den im vorigen Abschnitt genannten Kriterien bedeutet diese Übertragung des Prinzips des demokratischen Zentralismus einerseits die Leitung des Staates durch das Volk, andererseits aber auch die Leitung des Volkes durch den Staat. Um dieses Verhältnis näher analysieren zu können, muß man sich die kommunistische Auffassung vom sozialistischen Staat und der sozialistischen Gesellschaft vergegenwärtigen. Einer der wesentlichen Grundzüge ist, daß die kommunistische Partei eine bestimmende Funktion im Staat ausübt, wenigstens so lange, bis eine einheitliche kommunistische Gesellschaft geschaffen worden ist. In diesem Sinne bedeutet die Herrschaft des Volkes bzw. die Leitung durch das Volk, daß nur das von der Partei geführte und organisierte Volk gemeint ist. Ebenso ist, wenn von der Herrschaft des Staates gesprochen wird, der durch die kommunistische

Partei geleitete und verkörperte Staat gemeint.

Auch hier kommt das im demokratischen Zentralismus enthaltene Grundprinzip der Entwicklung zum Tragen, da die weitere Vervollkommnung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mit der Notwendigkeit der Errichtung der zentralen Gewalt der Arbeiterklasse in Gestalt ihrer eigenen sozialistischen Staatsmacht verbunden ist²⁴⁾. Lenin selbst stellte zur Begründung des Prinzips des demokratischen Zentralismus fest: „Wir sind für den demokratischen Zentralismus. Und man muß sich eindeutig darüber klarwerden, wie sehr sich der demokratische Zentralismus einerseits vom bürgerlichen Zentralismus, andererseits vom Anarchismus unterscheidet ... der Zentralismus, in wirklich demokratischem Sinne verstanden, setzt die ... Möglichkeit völliger und unbehinderter Entwicklung nicht nur der örtlichen Besonderheiten, sondern auch der örtlichen Initiative, der Mannigfaltigkeit der Wege, Methoden und Mittel des Vormarsches zum gemeinsamen Ziel voraus.“²⁵⁾

Die Anwendung des demokratischen Zentralismus ist also ein unabdingbares Erfordernis für das Funktionieren der Staatsmacht im sozialistischen Staat. Nach der Auffassung der Ideologen stellt er „die Leitung der gesamtstaatlichen Angelegenheiten von einem Zentrum aus“²⁶⁾ dar und bedeutet folgerichtig die „Unterordnung der örtlichen Organe unter das Zentrum“²⁷⁾. Dabei wird aber auch hier die Wählbarkeit aller Machtorgane und die Rechenschaftspflicht vor dem Volk als eine bedeutsame Komponente bei der Anwendung des Prinzips hervorgehoben. Dadurch sei gewährleistet, daß die Arbeiterschaft umfassend in die Leitung des Staates einbezogen werde.

Diese Prinzipien lassen den kommunistischen Demokratiebegriff transparent erscheinen. Die Diktatur des Proletariats ist nach Auffassung des Marxismus-Leninismus echte Demokratie, weil unter ihr die Mehrheit über die Minderheit herrscht. Nur die proletarische Demokratie bedeutet wahre Volksherrschaft, weil sie den Interessen der Werktätigen dient, das heißt den Interessen der Mehrheit der Gesellschaft. Die Besonderheit der Diktatur des

²⁴⁾ Gerhard Schübler, Der demokratische Zentralismus als Grundprinzip der sozialistischen Staatsmacht, in: Staat und Recht 7 (1958), S. 728.

²⁵⁾ Zit. nach GML, S. 607 f.

²⁶⁾ GML S. 607.

²⁷⁾ GML S. 607.

²²⁾ Verständlich wegen der evolutionären Grundkonzeption des Kommunismus.

²³⁾ LAW Bd. II, S. 338.

Proletariats liegt darin, daß sie durch die kommunistische Partei ausgeübt wird. Diese praktische Seite wird zwar in den Lehren über den Staat nicht ausdrücklich formuliert, ergibt sich aber aus der Tatsache, daß in der Lehre von der Partei über diese gesagt wird, daß sie allein weiß, worin das Interesse des Volkes liegt, und daß sie das Volk zu führen hat²⁸⁾. Die Ausübung der Diktatur des Proletariats durch die Partei kommt dadurch zustande, daß die Macht durch die Organe der Partei übernommen wird.

Diese führende Rolle der kommunistischen Partei im sozialistischen Staat bedeutet sowohl Lenkung des Staates als auch der Gesellschaft: „Die Hauptaufgabe der Partei ist es, die Richtung der gesamten Tätigkeit des Staates festzulegen und seine Politik zu bestimmen... Dieses Prinzip wendet die Partei auch gegenüber den gesellschaftlichen Organisationen an.“²⁹⁾ Das erfordert konsequenterweise die Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus auch auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet³⁰⁾.

III. Demokratischer Zentralismus in der DDR

Schon 1945 begann der demokratische Zentralismus als Entwicklungsprinzip in der sowjetischen Besatzungszone zu wirken, indem „die Arbeiterklasse sich unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei vereinigte“ und den Aufbau neuer Staatsorgane zuerst in den Städten und Kreisen, dann in den Ländern durch die Bildung von Provinzial- und Länderverwaltungen begann. Mit der Bildung der deutschen Wirtschaftskommission 1948 setzte sich der demokratische Zentralismus auch als Prinzip für die Gestaltung der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung durch. Mit der Gründung der DDR 1949 wurde durch die Bildung der Volkskammer, des Ministerrates, der Ministerien und anderer zentraler Organe die Struktur der gesamtstaatlichen Leitung ausgebaut. Infolgedessen steigerte sich auch die örtliche Initiative und die Verantwortung der Staatsorgane für die Verwirklichung der gesellschaftlichen Aufgaben. Es wurde — nach dem Selbstverständnis der Partei — deutlich, „daß die weitere Vervollkommnung des demokratischen Zentralismus die wichtigste Voraussetzung zur Lösung der politischen, ökonomischen und kulturellen Aufgaben ist“³¹⁾. Der weitere Prozeß „der bewußten Führung der Menschen auf dem Wege des Aufbaus des Sozialismus“ vollzog sich über folgende Etappen³²⁾:

1. Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR (23. 7. 1952),
2. Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht (17. 1. 1957),
3. Gesetz über die Vervollkommnung und die Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates (11. 2. 1958),
4. Beschluß des Politbüros der SED über die weitere Qualifizierung der Arbeit der Organe des Staatsapparates (12. 7. 1960),
5. Bildung des Staatsrates (12. 9. 1960),
6. Erlass des Staatsrates der DDR zu den Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe (28. 6. 1961),
7. Neues Programm und Statut der SED (VI. Parteitag 1963),
8. Sozialistische Verfassung der DDR (6. 4. 1968).

1. Die Einführung des demokratischen Zentralismus

Das Jahr 1952 bedeutete einen entscheidenden Schritt bei der Herausbildung sozialistischer Organe der Staatsmacht auf der Grundlage der weiteren Entfaltung des demokratischen Zentralismus. Die gesellschaftliche Entwicklung wurde zunehmend geprägt durch die führende Rolle der Partei in Staat und Wirtschaft. Der demokratische Zentralismus wurde dabei zu einem immer wichtigeren Funktionsprinzip. In diesem Zusammenhang beschloß die SED auf ihrem 2. Parteitag, den „planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ weiter fort-

²⁸⁾ GML S. 386 ff.

²⁹⁾ GML S. 610 f.

³⁰⁾ Das folgende Kapitel konzentriert sich auf eine Darstellung der Anwendung des demokratischen Zentralismus auf das Gebiet des Staatsaufbaus, um einen Einblick in die konkrete Anwendung des Prinzips zu geben.

³¹⁾ Rudi Rost, a. a. O., S. 7.

³²⁾ Die Punkte 1—6 entsprechen einer Aufstellung bei Rudi Rost, a. a. O., S. 7.

zuführen³³⁾. Diese neue Aufgabenstellung verlangte notwendigerweise eine stärkere Qualifizierung der Staatsorgane. „Es galt, die Organe der Staatsmacht in die Lage zu versetzen, die neuen Aufgaben insbesondere durch eine engere, unmittelbare Zusammenarbeit mit der Bevölkerung durchzuführen.“³⁴⁾

Da die bisherige Gliederung des Staates in Länder dieser Entwicklung nicht entsprach, wurde eine grundlegende Änderung durch das „Gesetz über die weitere Demokratisierung“ herbeigeführt. Es hatte zum Ziel, die demokratische Entwicklung der DDR im Sinne des Prinzips des demokratischen Zentralismus durch die größtmögliche Annäherung der Organe der Staatsgewalt an die Bevölkerung und deren Einbeziehung in die Leitung des Staates voranzutreiben³⁵⁾. Begründet wurde diese Neugliederung mit der Feststellung, daß die übernommene administrative Gliederung in Länder die Lösung der gestellten Aufgaben nicht gewährleiste. Im Gesetz wurde weiter ausgeführt, daß die Länder eine Neugliederung ihrer Gebiete in Kreise durchzuführen haben und mehrere Kreise zu Bezirken zusammenfassen sollten. Doch dieses Gesetz beseitigte die Länder nicht ausdrücklich, auch der Text der Verfassung von 1949³⁶⁾ wurde nicht geändert. Erst 1958 erfolgte die Auflösung der Länder. Der demokratische Zentralismus war durch Gesetz zur Grundlage der Tätigkeit aller Teile der Staatsmacht geworden, obwohl der Begriff „demokratischer Zentralismus“ in dem Gesetz selbst noch nicht *expressis verbis* benutzt wurde.

2. Die Weiterentwicklung des Prinzips

Die endgültige — als Prinzip gekennzeichnete — Durchsetzung des demokratischen Zentralismus erfolgte durch die Gesetze vom 17. 1. 1957 (Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht) und vom 11. 2. 1958 (Gesetz über die Vervollkommnung des Staatsapparates). In diesen beiden Gesetzen heißt es³⁷⁾: „Der Aufbau der Organe der Staatsmacht in der Deutschen Demokratischen Repu-

blik beruht auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus“ (§ 5 Abs. 1 im Gesetz von 1957). „Für die Tätigkeit aller Organe der Staatsmacht, besonders für die Planung und Leitung der Volkswirtschaft, gilt das Prinzip des demokratischen Zentralismus“ (§ 2 Abs. 2 Ziffer 1 im Gesetz von 1958).

Durch die beiden Gesetze sollte die nach der Ansicht der Parteiführung in der Zwischenzeit vollzogene Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins zum Sozialismus berücksichtigt werden. An die Stelle der vertikal-ressortmäßigen Leitung trat eine vertikal-territoriale³⁸⁾. Die staatliche Leitung der Wirtschaft in Form der Staatlichen Plankommission wurde durch ein System ersetzt, in dem durch Schaffung von Wirtschaftsräten in den Bezirken, Ausweitung der Plankommissionen in den Kreisen und Auflösung der zentralen Industrieministerien eine regionale Dezentralisation erreicht wurde. Diese Maßnahmen waren möglich geworden, nachdem es sich nicht mehr als notwendig erwies, die in den ersten Jahren praktizierte Leitung der unteren Organe durch den obersten Apparat durchzuführen, da sich eine gewisse Eigenverantwortlichkeit herausgebildet hatte. Insofern stellen die Gesetze nicht nur einzelne Verbesserungen dar, sondern weisen vielmehr auf eine tiefgreifende Änderung in der Struktur und Arbeitsweise der Staatsorgane hin.

Walter Ulbricht verband mit dem Gesetz von 1958 die folgenden politischen Vorstellungen: „Mit der klaren Herausarbeitung des Grundsatzes des demokratischen Zentralismus, d. h. der Führung der Massen auf den Weg des sozialistischen Aufbaus durch unsere einheitliche Staatsmacht ... oder, wie es in der Präambel in dem Gesetz vom 11. Februar dieses Jahres heißt, — durch die immer konsequentere Verwirklichung der ‚Einheit von straffer zentraler Planung und Leitung und größtmöglicher Teilnahme der Werktätigen an der Leitung von Staat und Wirtschaft‘, ... steigerten (wir) die Macht und Kraft unseres Staates als das Instrument der Arbeiterklasse und ihrer Partei zur Durchführung ... der bewußten Leitung von Staat und Wirtschaft“³⁹⁾.

³³⁾ Rudi Rost, a. a. O., S. 101.

³⁴⁾ Rudi Rost, a. a. O., S. 101.

³⁵⁾ Vgl. Präambel des Gesetzes vom 23. 7. 1952.

Abgedruckt bei Siegfried Mampel, Die Entwicklung der Verfassungsordnung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands von 1945 bis 1963, Tübingen 1964, S. 576.

³⁶⁾ Hauptsächlich betrifft es den Artikel 1, 2.

³⁷⁾ Zit. nach Siegfried Mampel, a. a. O., S. 528.

³⁸⁾ Rudi Rost, a. a. O., S. 120.

³⁹⁾ Walter Ulbricht, Die Staatslehre des Marxismus-Leninismus und ihre Anwendung, in: Staat und Recht 7 (1958), Heft 4, S. 332.

Ein weiterer Schritt zur Entfaltung des demokratischen Zentralismus wurde mit der Bildung des Staatsrates am 12. 9. 1960 vollzogen. Seine Aufgabe liegt darin, „die sozialistischen Beziehungen zwischen der Bevölkerung und den Staatsorganen und die Rechte der Bürger auszubauen sowie die Einbeziehung der Bevölkerung in die Grundlagen der Politik in breitem Umfang zu entwickeln“⁴⁰⁾.

Die durch die Bildung des Staatsrates erfolgte politische Stärkung der gesamtstaatlichen zentralen Leitung bedingte auch eine höhere Wirksamkeit der anderen Staatsorgane. Unter diesem Gesichtspunkt wurden 1961 die Verordnungen über die Aufgaben der örtlichen Volksvertretungen erarbeitet, um es möglich zu machen, die örtlichen Volksvertretungen und Organe der Staatsmacht konsequenter mit der gesamtstaatlichen Leitung zu verbinden. Durch das Prinzip des demokratischen Zentralismus sollte die Einheitlichkeit der Führungsorgane sowie die Selbständigkeit der einzelnen Bezirke (örtlichen Organe) gewährleistet werden. In den Präambeln wird über dieses System grundlegend festgestellt: „Die sozialistische Staatsmacht ist das Hauptinstrument des werktätigen Volkes beim Aufbau des Sozialismus. Die Volkskammer ... und deren Organe, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, bilden das einheitliche System der Staatsmacht...“⁴¹⁾.

Dabei ist es jedoch für das Verständnis wesentlich, daß die Tätigkeit der örtlichen Organe in der gesamtstaatlichen Leitung und Planung „in Erfüllung der Politik des ZK der SED, der Volkskammer, des Staatsrates und der Regierung“⁴²⁾ fundiert ist.

Die führende Rolle der SED war lange Zeit nur ein Bestandteil der Verfassungswirklichkeit. Erstmals im Gesetz vom 11. 2. 1958 fand die Machtposition der Partei indirekt ihren Ausdruck im Artikel 1: „Die vom Zentralkomitee der SED und vom Ministerrat der DDR vorgelegten Materialien zur Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates werden gebilligt.“⁴³⁾ Noch deutlicher wurde der Stellung der SED in den Präambeln der Gesetze von 1961 Ausdruck verliehen: „In der DDR ... übt die Arbeiterklasse zusammen mit den Genossenschafts-

bauern, der Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten unter Führung der SED die politische Macht aus ...“⁴⁴⁾.

Die in der Zwischenzeit vollzogene Entwicklung der Staatsorgane in der DDR ermöglichte es, daß die SED ihre Rolle und ihre Stellung gegenüber Staat und Gesellschaft auf ihrem VI. Parteitag 1963 deutlich hervorhob: „Die Partei ist die führende Kraft aller Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen.“⁴⁵⁾ Außerdem wurde in dem neuen Statut, das sich die SED auf diesem Parteitag gab, genau festgelegt, wie die SED die Durchführung ihrer Beschlüsse im Staatsapparat erreichen will: Jedes Parteimitglied wurde verpflichtet, „seine Arbeit ... entsprechend den Beschlüssen der Partei im Interesse der Werktätigen zu leisten: Die Partei- und Staatsdisziplin zu wahren, die für alle Parteimitglieder in gleichem Maße bindend ist“⁴⁶⁾. Noch deutlicher kommt die beherrschende Rolle der SED zum Ausdruck, wenn ausgeführt wird, daß „das ZK die Arbeit der gewählten zentralen staatlichen und gesellschaftlichen Organe und Organisationen durch die in ihnen bestehenden Parteigruppen lenkt“⁴⁷⁾. Dieses Statut beinhaltet im wesentlichen nichts anderes als die Vervollkommnung des Prinzips des demokratischen Zentralismus in der Selbstinterpretation der Partei. Die SED, als der „organisierte Vortrupp der deutschen Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes“⁴⁸⁾, übernahm nun endgültig im Zeichen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR die Suprematie.

3. Die sozialistische Verfassung

Als Folge der hier kurz aufgezeigten Gesamtentwicklung ergab sich schließlich, daß „in den letzten Jahren die entscheidenden und charakteristischen Bestimmungen des Verfassungsrechts der DDR in einer Vielzahl von Gesetzen außerhalb der Verfassung vom 7. 10.

⁴⁰⁾ Rudi Rost, a. a. O., S. 155.

⁴¹⁾ Zit. nach Siegfried Mampel, a. a. O., S. 572.

⁴²⁾ Rudi Rost, a. a. O., S. 166.

⁴³⁾ Zit. nach Siegfried Mampel, a. a. O., S. 529.

⁴⁴⁾ Präambel des Gesetzes vom September 1961; zit. nach Siegfried Mampel, a. a. O., S. 530. Hervorhebung v. Verf.

⁴⁵⁾ Zit. nach Siegfried Mampel, a. a. O., S. 530.

⁴⁶⁾ Statut der SED, zit. nach Siegfried Mampel, a. a. O., S. 574 f.

⁴⁷⁾ Ebenda.

⁴⁸⁾ Statut der SED vom VI. Parteitag 1963, zit. nach Siegfried Mampel, a. a. O., S. 572.

1949 zu finden waren“⁴⁹⁾. Als Ursache für diese Verfassungsentwicklung kann die Tatsache angeführt werden, daß die Verfassungswirklichkeit sich ständig entsprechend den Veränderungen der gesellschaftlichen und ökonomischen Basis wandelt. Das führt häufig zu neuen gesetzlichen Regelungen einzelner Gebiete der Verfassungsordnung, ohne einen formellen Niederschlag in der gültigen Verfassung zu finden. Die auf diese Weise entstandenen Diskrepanzen zwischen dem Verfassungsrecht und der Verfassungswirklichkeit wurden durch die neue Verfassung vom 6. 4. 1968 beseitigt. In diesem Sinne bedeutet die neue Verfassung nur eine Angleichung der formellen Verfassung an die in der Zwischenzeit entwickelte materielle Verfassungsnorm. Wesentlich ist jedoch, daß in die neue Verfassung auch ideologische Gesichtspunkte mit aufgenommen wurden.

Die weltanschauliche Bindung und die marxistisch-leninistische Auffassung vom Wesen und der Funktion des Staates läßt sich schon daran erkennen, daß die neue Verfassung in der Präambel als sozialistische Verfassung bezeichnet wird. In diesem Zusammenhang erscheint auch das Prinzip des demokratischen Zentralismus als Verfassungsnorm, wodurch die seit 1949 außerhalb der geschriebenen Verfassung geschaffenen organisationsrechtlichen Bestimmungen in die formelle Verfassungsurkunde übernommen wurden. Während in der Verfassung von 1949 lediglich das Prinzip der Gewaltenvereinigung (Artikel 50) artikuliert worden war, enthält die neue Verfassung jetzt auch das zweite Organisations- und Entwicklungsprinzip, den demokratischen Zentralismus. Was das für die staatliche Leitung im Sozialismus bedeutet, formuliert Klaus Sorgenicht in seinem Kommentar zur Verfassung folgendermaßen: „Die bewußte Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch das im Staat organisierte Volk nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus führt zur Einheit von zentraler staatlicher Leitung mit der Eigeninitiative der Bürger, ihrer Gemeinschaften und der örtlichen Staatsorgane.“⁵⁰⁾

Wenn auch der demokratische Zentralismus ausdrücklich nur im Artikel 47 als „das tragende Prinzip des Staatsaufbaus“ erwähnt

wird, so wird doch aus dem vorher über das Wesen des Prinzips Gesagten deutlich, daß es auch in anderen Teilen der Verfassung wirksam ist. Schon der Artikel 1, in dem die Herrschaft der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse als wichtigstes Strukturmerkmal verankert ist — und somit das ideologisch motivierte Machtmonopol der SED, die alle Organisationen und den gesamten Staatsapparat lenkt, rechtlich normiert wird —, beinhaltet das Prinzip des demokratischen Zentralismus.

Auch innerhalb des sozialistischen ökonomischen Systems wirkt dieses Prinzip, wenn es im Artikel 9, 3 heißt: „Die Volkswirtschaft ... verbindet die zentrale staatliche Planung und Leitung der Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung mit der Eigenverantwortung der sozialistischen Warenproduzenten und der örtlichen Staatsorgane.“ Dieselbe Grundkonzeption findet sich auch in Artikel 12, 2, nach dem die Nutzung des Volkseigentums mit dem Ziel des höchsten Ergebnisses für die Gesellschaft durch den sozialistischen Staat gewährleistet werden soll.

Ebenso bedeutet die Ausübung der politischen Macht durch die örtlichen Volksvertretungen, wie sie im Artikel 81 festgelegt ist, eine konsequente Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus auch bei den untersten Organen der staatlichen Verwaltung.

Man kann also feststellen, daß dieses Prinzip in allen Bereichen des ökonomischen, gesellschaftlichen und staatspolitischen Lebens verankert ist. Ulbricht hatte dementsprechend bereits bei der Begründung des Entwurfs der neuen Verfassung vor der Volkskammer erklärt: „Die neue Verfassung wird sich von der bisher gültigen dadurch unterscheiden, daß sie alle jene Normen enthält, die darauf hinwirken, die schöpferischen Impulse der Bürger zu fördern, um das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus in der DDR zu schaffen.“⁵¹⁾

Doch auch für diese Verfassung gilt, daß die sozialistische Gesellschaft noch kein Endstadium, sondern nur eine zeitlich begrenzte Durchgangsperiode auf dem Weg zum Kommunismus sein soll und sich somit auch den Veränderungen der gesellschaftlichen Bedingungen anpassen muß.

⁴⁹⁾ Ulbrichts Grundgesetz. Mit einem einleitenden Kommentar von Dietrich Müller-Römer, Köln 1968, S. 16.

⁵⁰⁾ Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumente, Kommentar, hrsg. von Klaus Sorgenicht, Bd. II, (Ost-)Berlin 1969, S. 239 f.

⁵¹⁾ In: Neues Deutschland vom 1. Februar 1968, S. 5. — Zit. nach Dietrich Müller-Römer, a. a. O., S. 33.

IV. Pragmatismus contra Ideologie

Die Ausführungen über die theoretische Ausgestaltung des Prinzips des demokratischen Zentralismus lassen den Eindruck einer „vollkommenen“ Demokratie entstehen. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus: Bei objektiver Betrachtung der realen Machtausübung in der DDR — auch wenn ihre Form mit dem immer noch nicht voll entwickelten gesellschaftlichen Bewußtsein der Bevölkerung erklärt wird — ist die unterschiedliche Verwendung der Begriffe in Theorie und Praxis zu erkennen. So wird durch die Proklamierung der führenden Rolle der Partei (Art. 1) die formal gegebene Möglichkeit der Mitarbeit der Bevölkerung in den örtlichen Organen faktisch in ihr Gegenteil verkehrt. Die Bevölkerung arbeitet zwar an der Durchführung der zentral gestellten Aufgaben mit, hat aber keine Möglichkeit einer grundsätzlichen Einflußnahme oder Kritik. Die Teilnahme der Bevölkerung am Staatsgeschehen ist somit beschränkt auf die Verwirklichung der Grundkonzeption, die von der „Zentrale“ bestimmt wird. Dieses Zentrum der Macht in der DDR aber bildet, auch nach der im April 1968 in Kraft getretenen neuen „sozialistischen“ Verfassung, noch immer das Politbüro.

Aufgrund dieser Tatsache ist es auch nicht möglich, tiefgreifende Veränderungen der Machtverhältnisse aufzuzeigen. Lediglich einige der durch die sozioökonomische Weiterentwicklung anachronistisch gewordenen Bestimmungen wurden aufgehoben. Auch hat sich, und das wird in der Gesamtentwicklung des Kommunismus in den osteuropäischen Ländern deutlich, die Technik der Machtausübung in einzelnen Teilbereichen verändert. Vor allem in der Wirtschaft wird der Eigenverantwortlichkeit und der persönlichen Initiative ein gewisser Entfaltungsraum zugestanden. Im Ganzen betrachtet ist aber das, was die SED unter Demokratie versteht, weit entfernt von einer Regierung durch repräsentative, demokratisch gewählte Organe; vielmehr handelt es sich hier um ein festgelegtes Ritual von Aussprachen und Diskussionen über bereits festgelegte Parteibeschlüsse.

Von den eigenen weltanschaulichen und politischen Bedürfnissen geleitet, könnte man

diese Diskrepanz als Ausgangspunkt für weitere Auseinandersetzungen auf dem ideologischen Kampffeld benutzen. Auf diese Weise ließe sich bestimmt aus der Mehrzahl kommunistischer Erklärungen ein umfassender „Kernglauben“ destillieren, dessen Widerlegung genügt, um den weltanschaulichen Gegner in seiner Gesamtheit zu disqualifizieren. Doch wie schon einleitend bemerkt, führt eine solche Betrachtungsweise weder zu einer Klärung des Selbstverständnisses des Kommunismus noch zu einer Aufdeckung der Funktion der Ideologie als einer Form der Selbstdarstellung.

Es ist wohl allgemein anerkannt, daß die marxistisch-leninistische Ideologie insbesondere seit Lenin als ein Mittel der Erringung der Macht aufgefaßt wird. Doch galt sie Lenin nicht nur als Anleitung zum Handeln, sondern auch als plausible Erklärung der politischen Welt. Nach dem Ausbau und der Verfestigung der kommunistischen Herrschaft wurde aus diesem Instrument zur Erringung der Macht ein solches zu ihrer Erhaltung und Legitimierung. Zugleich aber wurde die Macht selbst in zunehmendem Maße von der Staatsräson und vom Sicherheitsbedürfnis des Staates her bestimmt. In dieser Entwicklung dient die Ideologie der Rechtfertigung einer Gesellschaftsform. Innenpolitisch führte die Ideologisierung des gesamten politischen Lebens zur Proklamation des „Übergangs der SED zur Partei des ganzen Volkes“⁵².

Dieser nur kurz skizzierte Transformationsprozeß hatte eine gewisse Entdogmatisierung der Ideologie zur Folge, abgestimmt auf den praktischen Nutzen für das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft und die Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung. Das bedeutet aber letztlich, daß die Ideologie als Mittel der politischen Macht in den Versuchen zur Umformung der Gesellschaft immer wieder mit den realen Bedingungen und Möglichkeiten eben dieser Gesellschaft konfrontiert wird und sich den Gegebenheiten anpassen muß.

⁵² Vgl. dazu Arno Lange und Rainer Altmann, Die Entwicklung der DDR zum Staat des gesamten Volkes, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 13 (1965), Heft 5, S. 549—563.